

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando:  
 Vierteljährl. 3,50 M., monatl. 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer und illustriertes Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingung:**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen  
 jeite oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Verlagsgesellschaft  
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 22. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Kanalpöblist?

Als Graf Bülow den Landtag schloß, ließ er es unklar, ob er nur endlich der Verhöhnung der Regierung durch die konservative Kanalpöblist ein Ende zu bereiten oder ob er vielmehr eine ernsthaftere Fortführung des Kanalpöblist einzuleiten gedachte. In den Kreisen der Konservativen selbst, die doch sonst genau wissen, „was oben vorgeht“, herrschte erhebliche Unklarheit über die Absichten der Regierung. Bald mochten die Blätter der in Preußen herrschgewohnten Parteien nicht glauben, daß eine preussische Regierung es wagen werde, einen ernsthaften Streit mit den Junkerparteien zu unternehmen. Bald waren denselben Blättern peinvolle Mitteilungen zugekommen, die sie schwer demütigten und recht schlimmes erwarten ließen.

Auch die Neufindung des Ministeriums schaffte den Konservativen keine Klarheit. So wenig die neuen Minister eine Schwankung der allgemeinen preussischen Reaktionspolitik bedeuten konnten, so konnten sie doch für die besondere Kanalfrage mindestens den Konservativen nicht willkommen erscheinen als ihre Vorgänger. In Herrn Riquel verloren die Junker den Freund, der das Wort gesprochen, die Konservativen müßten Esel sein, wenn sie den Handelsverträgen zustimmten, und dessen eigenartige Kanalfreundschaft nur den Kanalrebelln nützte. In Herrn Müller wurde ein preussischer Minister, aus derjenigen Partei berufen, die den Kanalbau am eifervollsten forderte, und die Konservativen ob ihrer Kanalverweigerung heftigst beschiedeten. Und der neue Minister des Innern v. Hammerstein gar wurde angeklagt als der „starke Mann“, der die föderischen Landräte zur „Disziplin“ zurückzuführen bestimmt sei.

Diese unangünstigen Anzeichen standen mannigfache günstige gegenüber, doch vom Gange und Gange in schwebender Weise rettete die Konservativen kein beruhigendes und lärenendes Wort, sei es der Regierungsvertreter, sei es des Königs, dessen Bismarckwort: „Erst sollen sie den Kanal schlucken“ trotz aller Ablehnungsversuche gesprochen worden ist.

Jetzt scheint es, als sei den Konservativen neuer Grund zu Befürchtungen zugetragen worden. „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ beschäftigen sich wiederum in mühsam versteckter Aengstlichkeit mit der Möglichkeit einer Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „In der Presse hat sich bis jetzt nie und da die Meinung gehalten, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses geplant sei und vielleicht schneller erfolgen werde, als man im allgemeinen glaube. Heute wird uns mitgeteilt, daß die Auflösung für Mitte August beabsichtigt sei. Wir sind nicht in der Lage, diese Mitteilung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, halten es aber doch für geboten, unsere Freunde im Lande ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß sie gut daran thun, mit der Möglichkeit einer baldigen Auflösung zu rechnen. Wie wir über die Maßregel denken, das haben wir so oft auseinandergesetzt, daß eine Wiederholung unnötig erscheint. Wenn wir die Angelegenheit lediglich unter dem Gesichtswinkel der Taktik betrachten, so kann sie nur angenehm sein; denn es steht für uns außer Zweifel, daß bei reger Beteiligung die Neuwahlen einen entschiedenen Sieg unserer Sache ergeben würden. Dieser Sieg würde nicht ohne Einfluß auf die Regierung bleiben können. Gleichwohl glauben wir, daß die Regierung auch ohne das Gewaltmittel der Auflösung sich zu der Erkenntnis durchringen könnte, wie das unzweifelhafte Ergebnis der Neuwahlen sein müßte.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ will durch erhebelte Siegesicherheit die Regierung vor der Entscheidung zurückscrecken. Das Wandlerblatt weiß recht wohl, daß die ernsthafteste Entziehung der beherrschlichen Wahlhilfe den Konservativen äußerst verhängnisvoll werden müßte.

Auch der „Kreuz-Zeitung“ ist die Situation nicht geheuer. In mühseliger Verteidigung gegen „liberale Quereisereien“ verteidigt sie ihre Partei, daß sie in der Kanalfrage die Politik der Regierung durchkreuzt haben. Sie sucht die Unentbehrlichkeit der konservativen Partei zu beweisen durch die Unmöglichkeit für die preussische Monarchie, sich auf den Liberalismus zu stützen, der ein parlamentarisches Regiment erstrebe. Sie droht, in Falle der Auflösung des Abgeordnetenhauses — mit der also auch sie glaubt rechnen zu müssen — die Parteien, auf welche sich die Regierung stützen will, als Schläger der Börse und des Großkapitals, als Schädiger des Handwerks und der Landwirtschaft belämpfen zu wollen. Und endlich droht sie nach alter Uebung mit dem roten Gespenst:

„Dabei wiederholen wir allerdings, daß wir, soweit lediglich der parteitaktische Standpunkt in Betracht kommt, keinen Grund haben, die Auflösung zu scheuen. Trotzdem wünschen wir sie nicht. Denn wir haben die feste Ueberzeugung, daß sie nur der Umsturzpartei zu gute kommen würde, indem sie zwischen diejenigen Richtungen, ohne deren festes Zusammenhalten der Kampf gegen den Umsturz nicht siegreich durchgeführt werden kann, einen mächtigen Keil treibt, der ein späteres vertrauensvolles Zusammenarbeiten erschwert, vielleicht unmöglich macht.“

Auch der „Reichsbote“ ereifert sich, daß etwa die preussische Regierung den Kanalstreit durch Neuwahlen entscheiden möchte, indem sie die Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen, der alsdann eigentlichen Regierungspartei, durch allerlei historische Erinnerungen zu bekräftigen vermag.

So viel ist deutlich: angenehme Empfindungen begleiten die Konservativen nicht in die parlamentarische Zeit. Sie befürchten, daß

die überdrehte Taktik, die ihnen bisher Erfolg um Erfolg gebracht, schließlich doch zum erschütternden Konflikt führen wird, dessen Ausgang für sie mindestens zweifelhaft ist.

Ob die konservativen Besorgnisse sich als gerechtfertigt erweisen werden?

Wir glauben heut so wenig als früher, daß die preussische Regierung Wahlen gegen die konservativen Parteien führen wird.

Die Auflösung des Abgeordnetenhauses unter der Anweisung an den gesamten preussischen Beamtenapparat, gegen die konservativen Kandidaten oder doch nicht für die konservativen Kandidaten — das wäre ein Geschehnis, an das erst dann geglaubt werden kann, wenn es wirklich in die Erscheinung tritt.

Die preussische Regierung ist seit so langem und so sehr Verwaltungsbehörde für die Junkerinteressen, daß sie die Vubenstreich ihrer Schützlinge, und wären sie noch so böswillig und beleidigend, ohne ernstlichen Widerstand erdulden wird. Welcher Hohn und Spott, welche Demütigungen und welche politischen Schädigungen auch immer das preussische Junkertum seiner Regierung zufügt, den Kampf gegen dieses Junkertum wird die preussische Regierung nicht wagen.

Zimmerhin gilt es auch für die Arbeiterklasse in Preußen, sich von den Ereignissen nicht aberrumpeln zu lassen. Würde das Unwahrscheinliche eintreten, so soll die Meinung der „Kreuz-Zeitung“ nicht enttäuscht werden, daß Neuwahlen in Preußen nur der „Umsturzpartei“ zu Gute kommen werden.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Mai.

#### Rittener will demissionieren.

Nach einem im Unterhause verbreiteten Gerücht sollen die Dinge für die Engländer in Südafrika so unangünstig liegen, daß Lord Rittener gedroht habe, das Oberkommando niederzulegen, wenn die Regierung ihm nicht endlich größere Verstärkungen schicke.

Dies Gerücht klingt trotz der zahllosen Siegesmeldungen, die Rittener in den letzten Monaten nach London geschickt hat, gar nicht so ungeheuerlich, wenn man sich die letzten Truppenbewegungen auf dem Kriegsschauplatz vergegenwärtigt.

Diverse Tausend Gefangene sollte namentlich General Freuch im Osten Transvaals gemacht haben. Das Ende vom Liede war jedoch, daß französische Truppen zurückgezogen wurden und ihr Führer zur Erholung nach der Kapkolonie reisen mußte. In dem „geübten“ Distrikt tauchten aber alsbald wieder Boerenkommandos auf, die so stark waren, daß sie bei Ermelo in den letzten Tagen eine jedenfalls bedeutende englische Abteilung wiederholt und ausdauernd auch erfolgreich angreifen konnten.

Im Westen Transvaals hatte sich ebenfalls um Hartbeestfontein eine auf mehrere tausend Mann geschätzte Boerenmacht unter De laers Longentriet, die den englischen Truppen verschiedene Gefechte lieferte und sich erst zerstreute, als mehrere englische Hilfssolonnen herbeieilten. Doch sollen die Boerenkommandos noch immer die Gegend vollständig unsicher machen.

Liegen diese bereits bekannten Thatsachen die Lage der Engländer schon als keineswegs so glänzend erscheinen, wie die abenteuerlichen Siegesbulletins Ritteners, so beweisen erst recht die heute vorliegenden Nachrichten, daß der Widerstand der Boeren auch nicht auf einem einzigen Teile des so ausgedehnten Kriegsschauplatzes gebrochen ist, daß der Krieg vielmehr auf der ganzen Linie mit noch ganz anderer Energie fortgeführt werden muß, als sie bisher entfaltet worden ist.

Nicht nur im Osten und Westen Transvaals erscheinen nämlich die Boeren wieder in beträchtlicher Stärke, sondern auch in der Kapkolonie. In die Kapkolonie sind nach den Angaben des „Neuerischen Bureaus“ neuerdings 800 Boeren zur Verstärkung der dort noch befindlichen Kommandos eingebrochen. Einem anderen Telegramm desselben Bureaus zufolge vollzieht sich eine bedeutende Konzentrierung der Boeren in den Zuurbergen. Viele neue Boerentruppen überschritten den Oranjesfluß — dessen Furten demnach wenig geschätzt sein müssen — um dorthin zu kommen; auch Kommandant Fouché sei zu dieser Boerenmacht gestoßen, die auf 1000 bis 1500 Mann geschätzt werde. Nach einem Gerücht soll sogar De Wet selbst das Kommando führen. Eine Reihe kleinerer Gesetze habe stattgefunden, mehrere Patrouillen seien abgegangen worden.

Im Kriegsbild hat sich also wieder einmal ein Wandel vollzogen. Die bereits bis auf lange Erinnerung vernichteten Boeren tauchen an drei verschiedenen, weit von einander entfernten Punkten in bedeutender Stärke auf, um aus Verfolgten wieder einmal Verfolger zu werden.

Man gewinnt aus diesen Vorgängen allerdings den Eindruck, daß die englischen Truppen nicht stark genug sind, um dem Krieg ein Ende zu machen.

Einer Statistik des Kriegsamts zufolge betrug die Zahl der nach Südafrika geschickten Truppen bis zum 1. Mai 240 416. Davon gehen bis Ende April ab 14 978 Tote und 76 582 nach England Zurückgeschickte (darunter 47 500 Invalide), zusammen also 91 500 Mann. Die Zahl der in Südafrika befindlichen Truppen beträgt also noch ca. 150 000 Mann, wovon aber verschiedene Beurlaubte in den Lazaretten liegen sollen. Rechnet man ferner die zur Befehung der Truppen notwendigen Truppen ab, so bleibt von wirklich zu Operationen verwendbaren Mannschaften nicht allzuviel übrig.

Die Zahl der Boeren wird noch auf 15 000 Mann geschätzt. Das wäre immerhin genug, um den Krieg — falls nicht eine bedeutende Zahl frischer Truppen geschickt würde — noch viele Monate, vielleicht Jahre lang in die Länge zu ziehen. Nach englischer Meldung verloren die Boeren im April 105 Tote, 118 Verwundete und 2198 Gefangene. Die Zahl der Gefangenen ist eine ganz unverhältnismäßig und unwahrscheinlich hohe. An Toten und Verwundeten verloren die Boeren jedenfalls nur 228 Mann, während der englischer Abgang an Toten, Verwundeten, Kranken und Invaliden im gleichen Zeitraum mehr als 3000 betrug. (Der englische Tagesverlust vom 19. Mai beträgt wieder 4 Tote, 15 Verwundete, 16 an Krankheiten Verstorbene und 149 Schwerverrannte.) Die Engländer leiden also wahrscheinlich nicht nur absolut, sondern auch relativ viel mehr als die Boeren. Man könnte es also schließlich Rittener nicht verdenken, wenn er sein Verbleiben im dornenvollen Oberkommando von der Sendung frischer Truppen abhängig machte.

Wie England diese Truppen aufzubringen vermag, ist allerdings eine andre Frage, die dem Kriegsamte noch schwere Sorgen bereiten dürfte.

London, 21. Mai. Nach der amtlichen Verlustliste wurden in Balmoral, Transvaal, infolge vorzeitiger Entzündung einer Granate zwei Mann getötet und zehn verwundet.

### Deutsches Reich.

#### Patriotischer Kassenjammer.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Die „Kaisertage in Elsch-Lothringen“ sind vorüber, und mit ihnen der patriotische Freudenrausch, den unsere reichschwärmerische Presse während des zehntägigen Aufenthalts Wilhelm II. im Reichslande geratet war. Man reißt sich die Augen, um zu der betrübenden Erkenntnis zu kommen, daß die Bilanz der Festtage eine wider alles Erwarten unangünstige ist. Die Hoffnungen auf eine Ausdehnung des Reichs nach Osten der Aufhebung der Diktaturgefehrung sind schmählich zu Schanden geworden; was dagegen geschehen, das ist so wenig erfreulich für das Herz unserer Patrioten, daß ihre schmerzliche Enttäuschung nach lautem Ausbruch ringt. Die „Straßburger Post“ macht sich zum Dolmetsch dieser Empfindungen, indem sie es unternimmt, im Anschluß an die Dankfestumgebung, die der Kaiser beim Verlassen des reichsständischen Bodens für den heraldischen Empfang an die Bevölkerung gerichtet hat, die schweren Mißgriffe hervorzuheben, die den diesmaligen Kaiserbesuch im Reichsland zu einer für unsere Reichschwärmer so wenig erfreulichen Erscheinung machten.

Vor allem führt das sonst so regierungsfremde Blatt bittere Klage über die bei allen offiziellen Veranstaltungen der Kaiserfeste hervorgeratene ostentative Ignorierung der Civilverwaltung des Landes. Der Empfang des Monarchen in der Hauptstadt des Reichslands trug einen rein militärischen Charakter; weder die staatlichen Civil- noch die städtischen Behörden waren dazu geladen, und auch Ordensauszeichnungen sind an Civilbeamte nicht erfolgt. Mit Schmerz konstatiert die „Straßburger Post“ den „von Verwirrung nicht freien Eindruck“, den diese Mißachtung der Civilverwaltung des Landes auf die Angehörigen der Beamtenkreise machen mußte. Wenn eine solche Auffassung von der Inferiorität der civilen gegenüber den militärischen Behörden durchdringe, so werde dadurch das Staatsinteresse selbst auf das empfindlichste geschädigt und die Aufgabe der Verwaltung auf Schritt und Tritt gehemmt. Am meisten Kopfschmerzen macht dem Blatt aber die völlige Nichtbeachtung der reichsständischen Volksvertretung bei der Feier der Grundsteinlegung für den Wiederaufbau der Hofkönigsburg. Erst wird mit Miße und Not die Bewilligung der dreiviertel Millionen für die Kaiserburg im Landesausfluß durchgedrückt und nun — das ist ungefähr der Gedankenengang der „Post“ — schiebt man die Volksvertretung einfach beiseite, wenn der Burgbau aus Volkes Mitteln feierlich eingeleitet werden soll. Es liegt eine köstliche Ironie in dem „Lohn“, den unser Bürgermeister- und Rentnerparlament erreichte für die rückgratlose Wohlplappigkeit, die es in der Angelegenheit der Hofkönigsburg-Kredite den Forderungen der Regierung gegenüber zeigte. Die Aufhebung des Diktaturparagraphen hoffte man gegen die Dreiviertelmillionen für die Phantasiaburg einzuhandeln, und statt dessen erntete man als Dank bei der ersten besten Gelegenheit — das blanke Nichts. Das ist für unsere Herrn Volksvertreter eine zwar wenig erfreuliche, nichtdeshalbenweniger aber wohlverdiente Erfahrung; und die „Straßburger Post“, die die Rechte des Landesausflußes in ihrer würdevollen Rücksicht gegenüber dem Gouvernement von jeher bekräftigt hat, sie hat am allerwertigsten Veranlassung, sich jetzt zu entrichten, wo der Volksvertretung zum Bewußtsein gebracht wird, wie wenig ihre ganze Haltung Respekt einzulösen geeignet sei.

Wenn der Kaiser reist! Ueber die „Kaisertage“ in Elsch wird der „Rein-Weiß. Jg.“ geschrieben: Was die Aufeinanderfolge der verschiedenen Festlichkeiten anbetrifft, so fehlte es nicht an Ueberraschungen, und man konnte in Wirklichkeit sagen: es kam immer anders, als die offiziellen Meldungen lauteten. Am Montagmorgen wurde offiziell gemeldet: „Ihre Majestäten treffen um 1 Uhr auf Schloß Kriville ein.“ Daran schloßen Schulen und Vereine, Bürgermeister und Gemeinderat in Vereinskraft. Aber es kam anders! Es verbreitete sich das Gerücht, in Kriville, von wo aus die Weiterfahrt zu Wagen erfolgen sollte, habe die Polizei zwei Anarchisten verhaftet, und deshalb seien Kaiser und Kaiserin weiter gefahren, dann in Tourneebude ausgestiegen und hätten dem Wirt über der 148er brigewohnt. Tatsächlich war die Kaiserin um 3 Uhr mit dem Hofzuge in Kriville angekommen und der Kaiser hatte eine Einladung seines Leibregiments zu einem Frühstück in dessen Kasino angenommen. Die Anarchistengeschichte härtete sich dann später wieder dahin auf, daß man in Kriville zwei



Zachendlebe verhaftet hatte, die unter dem massenhaft zusammengeführten Landvolk reiche Beute zu finden gedachten.

In ganz ähnlicher Weise erging es den Roxelern am Mittwoch. An den Straßenecken stand groß und breit, daß der Kaiser gegen Mittag die Tempelkapelle mit den ausgegrabenen Altären besuchen würde, und soweit es die Absperzung zuließ, stand alles in der Hörsal- und den angrenzenden Straßen Kopf an Kopf und harpte des hohen Besuches. Dieser traf denn auch unter zahlreicher Dragoner-Eskorte, aber erst gegen 1/2 Uhr ein und fuhr dabei mitten zwischen den beiden Flügeln der Prinz Friedrich Karl-Kaserne hindurch, so daß das nicht mit Karten versehenes Publikum nicht einmal das Rascheln hatte. Erst der Freitag gehörte den Roxelern. Der Kaiser traf, obgleich um 11 Uhr erwartet, erst gegen 1 1/2 Uhr von der Befestigung der neuen Forts zu Wagen ein und zwar nicht über Arx, sondern von Souley.

Die Absperzung war diesmal ganz außergewöhnlich streng. Sämtliche in Strahburg und Mülhausen entbehrende Schutzmannschaft und die berittenen Gendarmen und ganz Voßrängen waren hierher kommandiert. Ueberall wurde innerhalb der Stadt das Publikum auf den freien Plätzen auf 40-50 Meter Entfernung zurückgehalten; die engen Straßen wurden ganz gesperrt und stellenweis mußten Türen und Fensterläden geschlossen bleiben. Außerhalb der Stadt ritten Dragoner-Abteilungen vor und hinter und teilweise nebst dem kaiserlichen Wagen, und es wurde im stärksten Trab gefahren, so daß der Kaiser in der Staubwolke kaum zu erkennen war. Es sollen zahlreiche Verhaftungen von Verdächtigen — wohl meistens Landknechte, die die Reimeffe so wie so alljährlich anloßt — stattgefunden haben, doch ist Gewisses darüber unbekannt, da die täglichen Polizeiberichte, die sonst immer die Zeitungen erhalten, nicht ausgegeben werden.

**Konservative Obstruktion.** Nachdem die Konservativen zwei Jahre lang in der unerschämtesten Weise gegen die Kanalvorlage Obstruktion getrieben hatten, konnte ihre Presse jüngst nicht Worte der Enttäuschung genug finden, weil die Sozialdemokraten und Freisinnigen pflichtgemäß forderten, daß die Braunweinpartei die durch Uebertreibung des Reichstags und Wilschachtung des Seniorenlords zu erklimmende Liebesgabe gefälligst aus eigener Kraft durchsetzen mögen. Da die Fühlermehrheit dazu nicht im Stande war, forderte sie ungeniert eine Veränderung der Geschäftsordnung, damit es künftig nicht mehr möglich würde, berartige Attentate wirkungsvoll abzuwehren.

Mit Recht wird in der Presse daran erinnert, wie vor ein paar Jahren die Konservativen selbst drohten, durch künstliche Herbeiführung von Verschuldbildungen ein „großes nationales Werk“ zu gefährden, weil eine Bestimmung des Gesetzes ihren Interessen widersprach.

Es war im Juni 1896, als auf hohen Wunsch der Reichstag im Sommersemester seines Angefichts das Nischenwert des Bürgerlichen Gesetzbuchs durchprüfte. 818 Paragraphen waren bereits erledigt, da brach am 23. Juni eine heftige Debatte über den — Gefahren aus. In sechsständiger Beratung kämpfte die Junterkschaft mit Löwenmut darum, daß die großen Herren nicht gehalten sein sollten, den kleinen Bauern den durch Hasen angerichteten Wildschaden zu ersetzen. Damit erbrachten die Junter also nicht nur einen Beweis ihres rührenden werthätigen Liebe für den „Eruber Bauer“, sie enthielten zugleich ihre Anschauungen über die Wichtigkeit nationaler Werke und das Recht der Obstruktion, denn also erklärte im Namen der Konservativen der Abg. v. Stein:

„Ich will . . . nur noch eins erwähnen, und zwar im Namen meiner politischen Freunde: Wir sind der Ansicht, daß es sich durchaus nicht mit den Verhältnissen verträgt, wenn die Kommissionsbeschlüsse zu § 819 und der neu geschaffene § 819a angenommen werden; und wie werden nicht dafür einstehen können, daß, falls die Kommissionsbeschlüsse angenommen werden, unersetzlich die erforderliche Anzahl von Mitgliedern hier bis zum Schluß der Verhandlungen gegenwärtig bleibt, welche erforderlich ist, um die Geschäfte hier weiterzuführen.“

Die verschobene gegenüber dieser Obstruktionsdrohung die Obstruktion gelegentlich der lex Heinze und die Abwehr der Braunweinpartei in den jüngsten Tagen. Damals handelte es sich nicht um den großen Antrag kommerzieller Paragrafen oder um eine verhältnismäßig unbedeutende Schnapelliedesgabe, deren Befreiung mit geschäftsordnungsmäßigen Mitteln angestrebt wurde. Damals stellten die Konservativen das ganze große bürgerliche Gesetzbuch für den Fall in Frage, daß die Junter zur Erappficht des Hasenschadens herangezogen würden. Niemals hat eine Obstruktion in so schamloser Weise versucht, ein bedeutungsvolles Werk von allgemeinem Interesse über eine Bagatelle schändestens Eigenmuthes stolpern zu lassen, als es damals die Junter unternahmen.

Und wie verhielt sich das Centrum, das heute noch wilder als die Konservativen nach Änderung der Geschäftsordnung schreit, um jede Obstruktion zu vereiteln? Herr Lieber charakterisierte feineswegs die Frechheit der angebrohten Obstruktion, wie sie es verdient hätte. Ganz im Gegenteil, er nahm die Drohung der Konservativen ungeheuer ernst und — unterwarf sich, indem er erklärte:

„Wir unersetzlich tragen der gegebenen Thatfache Rechnung, daß die Herren von der Rechten einen so hohen Wert, wie Herr v. Stein namens seiner politischen Freunde ausgeprochen hat, auf diese Bestimmung legen. Von Hause aus selbst zu großen Opfern bereit . . . müssen wir ernstlich in die Erwägung auch der Frage treten, ob wir das Bürgerliche Gesetzbuch an dem Hasen- und dem Wildschaden-Regresse scheitern lassen dürfen.“

Die bloße Drohung der Obstruktion hatte den Centrumsführer, den Abgeordneten Lieber, dergestalt eingeschüchtert, daß er die Kauerer den Hasen zu opfern bereit war. Das Centrum hat damit nicht nur das Recht der Obstruktion anerkannt, sondern es hat einer der verwerflichsten Anwendungen dieses parlamentarischen Kampfmittels Gehördienste geleistet.

Die Erappficht für Hasenschaden wurde denn auch mit Hilfe des Centrums glücklich beendet.

Ob man den Mut haben wird, nach dieser Erinnerung weiter über „Obstruktion“ zu schimpfen? —

An ein andres erbauliches Stücklein von konservativer Obstruktion erinnert die „Frankfurter Zeitung“. Es war im Jahre 1876. Es handelte sich darum, im Abgeordnetenhaus das Zustandekommen des Gesetzentwurfs über die Provinz Berlin zu verhindern, indem man die mit der Vorprüfung beauftragte Kommission beschuldigungsmäßig machte. Die Kommissionsführung fand abends statt. Wie zufällig standen vor der Thür des alten Abgeordnetenhauses am Donhoffplatz einige Mitglieder der Widerheit, und als Kollegen von der Mehrheit kamen, teilten sie ihnen ganz harmlos mit, die Kommission sei sichtigung sei abgesetzt. Einige drehten um. Das genügte noch nicht; es war immer noch einer zu viel, und dieser eine wurde knapp vor Beginn der Kommissionsführung in einen feuchten Raum des Abgeordnetenhauses eingeschlossen. Inzwischen mußte auf Antrag des Abg. Richter die Kommissionsführung beginnen, aber auf Antrag desselben Abgeordneten sofort wieder aufgehoben werden, weil dieser darauf hinwies, daß die Kommission nicht beschlußfähig war. Damit wurde auch durch einen Wechsellisten des Abgeordnetenhauses der eingeschlossene Herr, der sich inzwischen sehr unwillig geberdet hatte, befreit. Das Gesetz war damit gescheitert. Der eingeschlossene war der inzwischen verlorene Abg. Riepert-Warzensfelde, und der ihn einschloß, wenn wir nicht irren, war der konservative Prinz Handjery.

Keine politische Bedeutung hat nach amtlicher russischer Erklärung der Zufall, daß am Geburtstag des Zaren der russische Vorkaiser zu Berlin in Mex. beim deutschen Kaiser tafelte. Die recht unnötige, weil selbstverständliche Versicherung ist deshalb ab-

gegeben worden, weil sich französische Anthenpatrioten darüber aufgeregt haben, daß der russische Vorkaiser just in Mex. also auf annehmlichem Boden, Wilhelm II. seine Aufwartung gemacht.

Die belanglos abgelaufen für den Lauf der politischen Ereignisse derlei höfliche Dinerumgebungen überhaupt sind, dafür bietet gerade der Meyer Trinkpuch ein höchstes Beispiel. Der Kaiser äußerte in Mex. den Wunsch, daß die in China zwischen allen zivilisierten Völkern besiegelte Waffenbrüderschaft der großen Sache des Friedens zu gute kommen möge.

Eine ganz ähnliche Wendung brachte Wilhelm II. vor ein paar Jahren, als er am 14. Juni 1896 an — Li-Dung-Schang eine Ansprache hielt, in der er sagte:

„Daß die in der Vergangenheit erprobte auf gleichen Interessen des Friedens und der Kultur beruhende Freundschaft zwischen China und Deutschland . . . in Zukunft unvermindert fortbestehen . . . ist auch mein Wunsch und meine unverfälschte Hoffnung.“

Die damalige Anerkennung der gleichen Interessengemeinschaft des Friedens und der Kultur, die zwischen Deutschland und China bestünde, hat nicht verhindert, daß wenige Jahre darauf deutsche Truppen angewiesen wurden, im Lande der gelben Bestien wie die Hunnen Furcht und Schrecken zu verbreiten.

**General v. Spix**, Vorsitzender des deutschen Kriegerbundes und Mitglied des militärischen Hofes, bemüht sich, den Vorfall, der den Kaiser in Bremen traf und der aus der öffentlichen Diskussion längst beseitigt ist, wieder in Erinnerung zu rufen. Auf einem in Osna brück abgehaltenen Kriegertage sprach sich Herr v. Spix also aus:

„Wenn erzählt wird, daß nur eine kleine Beschädigung der allerhöchsten Person stattgefunden habe, so ist das nicht wahr. Wir selber haben gesehen, wie diese Narbe auf dem Knochen feststeht, die unter Kaiser und König für sein Leben tragen wird. Sein Leibarzt, Prof. Dr. v. Leuthold, sowie andre Herren sagten: Es hätte eines Viertelgolds Breite nur bedurft, und dem Kaiser wäre der Schädel rettungslos zertrümmert worden. Das sind authentische Nachrichten. Das Instrument, mit welchem geworfen wurde, war mit solcher unerklärlichen Gewalt geschleudert worden, daß, wie mir Dr. v. Leuthold sagte, ein Herr, der weit davon stand und einen dicken Winterpelz anhatte, noch eine bedeutende Kontusion an dem Arme davongetragen hat. Wir können also der Wahrheit gemäß und ohne irgendwie etwas bemängeln zu wollen, sagen, daß Gott, der Herr, unsern Kaiser aus wirklicher Lebensgefahr errettet hat!“

General v. Spix ist bestrebt, den Unfall in Bremen möglichst schwer erscheinen zu lassen, wie es vor ihm bereits, wenn auch ohne den beabsichtigten Erfolg, die Scharfmacherpresse versucht hat. Thatsächlich aber teilt Herr v. Spix in der Hauptsache nichts Neues mit, sofern nicht die Thatlage, daß eine Flintenkugel, die durch den Körper geht, gefährlicher zu sein pflegt, als ein Streifschuß, als Offenbarung militärischer Weisheit gelten soll. Da das Geschehene des Epileptikers erschütterndes gänzlich ausfiel, so wurde eben der Kaiser nicht ernstlich verletzt, sondern erlitt nur eine geringe Beschädigung. Daß die kaiserlichen Leibärzte trotz der Gefährlichkeit der Verwundung Vorsichtsmaßregeln besonderer Art, wie sie einem andern Patienten nicht verordnet zu werden pflegen, verordneten, ist leicht begreiflich.

Es sei dabei erwähnt, daß der Epileptiker Wellandt noch immer in der Irrenanstalt in Bremen der Beobachtung seines Geisteszustands unterliegt.

**Schweinsburg** hat jetzt offenbar den Auftrag, den Konservativen und Agrariern unangenehme Sachen zu sagen. Da der Mann von der feinen Nase und der Bitterung der Zukunft lebt, so kann auch der nichtswürdige Umstand als Stimmungszeichen der Zeit gelten, daß der unsterbliche Ministeroffiziosus, den kein Lucanus holt, plötzlich — für die Obstruktion eintritt. Er schreibt im Publikum auf die Brennstener-Affäre:

„Es wäre ungerath, den Gegnern des Gesetzes aus ihrer absehenden Haltung einen Vorwurf zu machen. Wer im politischen Leben Ziele erreichen will, muß vor allen Dingen anwesend sein, um nicht Unrecht zu bekommen. Dieses alte Wort mögen sich die Abgeordneten einprägen, welche durch ihr Verhalten dazu beigetragen haben, der Landwirtschaft einen empfindlichen Schlag zu verfehlen. Vielleicht erkennen nunmehr jene Mitglieder des Reichstags auch, daß das Amt eines Reichstags-Abgeordneten schwere Verantwortlichkeit mit sich bringt und es ein ununterbrochener Kampf ist, die Regierung sorgfältig auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens verantwortlich zu machen, während man seine eigne Verantwortlichkeit so außerordentlich leicht nimmt. Wer in der That verbunden ist, selbst bei so wichtigen Abstimmungen an den Verhandlungen des Parlaments teilzunehmen, thäte unsres Erachtens besser, auf sein Mandat zu verzichten.“

**Von der christlichen Ritterschaft.** Das „Deutsche Adelsblatt“ schreibt „himmelwärts“ die folgende Kullage:

„Erst unier, dem besten Materialismus verfallenen und gleichwohl soviel gepriesenen Kulturepoche blieb es vorbehalten, weiten Schichten unseres Volkstums der Hater Himmels-Ideal zu rauben, es zum Himmels-Wahn umzuwandeln. Millionen von Zeitgenossen, und wahrlich nicht bloß die eingeschlorenen Parteigänger des roten Umsturzes, haben mit dem Himmelsgedanken völlig gebrochen, haben jede Fühlung mit dem Ewigen über den Wolken, mit dem Loos von oben und der Hoffnung auf ein besseres Jenseits verloren. Für sie gibt es keine Verantwortung, kein Gericht, nur der Augenblick hat Wert für die Ohrendiener der realistisch-materialistischen Weltanschauung unserer Tage. Das Unheil schreitet um so schneller, als das moderne Unschickelstodigma „der Nützlichkeit“ und „des Erfolges“ seine Propheten selbst in hohen und sehr maßgebenden Kreisen fuhrt. Dem gegenüber wird es zur besonderen Aufgabe der Gemeinschaft der Gläubigen, wird es zumal Pflicht der christlichen Ritterschaft, die hohen Ideale, welche unser Volk groß gemacht, zu hegen und zu pflegen mit aller Kraft und aller Schwärze des geistigen Rüstzeugs, das ihnen Gott verliehen hat.“

Wenn diese Ausführungen überhaupt einen Sinn haben sollen, so können sie nur als ein scharfer Angriff gegen die konservative Partei aufgefaßt werden, deren ganzes Sinuen und Trachten so sehr von Bronnauer und Fufselbesgaben erfüllt ist, daß auch wir „roten“ Materialisten und vor diesem Abgrund niedrigster und rohester Nützlichkeitdankung entsetzen.

In einem zweiten Artikel derselben Nummer ruft denn freilich das „Adelsblatt“ wieder die adlige Faust zum Schutze dieser Fufselmaterialisten auf. Das Organ der christlichen Ritterschaft hat nämlich die sonderbarsten Versäufungen, daß es mit der Verantwortlichkeit der doch eben erst von ihm selbst in den Fufel des besten Materialismus gewiesenen Junterkschaft ein Ende nehmen könne, und indem es sich gegen die liberalen Erschleicher wendet, donnert es:

„Wir können den Herren laden, die so viel Kultur auf uns verschleichen, gäbe es die vielen Kurzschichtigen nicht in unserem Lager, denen der Lärm auf die Nerven fällt, welche die Rebel des Geschichtseuers mit ihren schwachen Augen nicht zu durchdringen vermögen, und hörten wir nicht immer wieder von neuem die Jammerrufe des Kleinmuts und der Verzweiflung aus den bombastischen Kammern der Kranken und Schwachen zu uns heraufdringen, die uns ein Wort des Tadelns angebracht erkennen lassen. — Nun denn: Heraus auch mit Eurem Heberwuch. Ihr friedfertigen Männer eines ansichtslosen Kompromisses, wozu trägt Ihr die Ritterschaft an der Seite? Aramnt sich doch der Wurm, wenn er getreten wird, und Ihr wollt auf den Knien liegen, bis man Euch den Gnadenstich giebt? Das ist nicht abelge Art; wer uns anfallt, der soll unsere deutsche Faust spüren, ob er ein Tölpel von Zeitenschreiber oder ein reißiger Mann wäre!“

So bekennt sich die christliche Ritterschaft denn doch wieder, und zwar in edelstem Paktetstil, zu den konservativen Sklaven der materiellen Nützlichkeit und des Erfolges, sie hält den strahlenden Wappenschild vor Bronnauerer und Epritspekulanten, und sie lämmt das Schwert aus der Scheide wider die Widersacher der konservativen „Materialisten“.

Zieht man das Epohhafte ab, so bleibt als politisch nicht unbedeutend die Erklärung zurück, daß sich die christliche Ritterschaft und Schnapsbrenner höchst wunderbar bedrückt und bedrängst fühlen, weil sich zwischen sie und der Krone jene Wolke gelagert hat. Es muß in der That sehr schmerzhaft von ihnen empfunden werden, daß in der Handelswelt der Hanfschäfte eifrige Hofsänger als Konkurrenten des angestammten Hofgesundes erstanden sind.

**Für eine Abkürzung der Redezeit im Reichstag** auf eine halbe Stunde oder gar 20 Minuten plädiert die „Kreuz-Zeitung“, da die Beweiskräfte für oder gegen eine Sache sich in einer halben Stunde allemal darlegen lassen.

Für Beweiskräfte der konservativen Sache ist das zweifellos richtig, da genügen sogar schon fünf Minuten. Vielleicht begimmen die konservativen mit der gewünschten Reform bei sich selbst und verhängen durch Fraktionsbeschluß über ihre Redner die fünf-Minuten-Redezeit — namentlich im preussischen Landtag, aber auch für Volksversammlungen, wo Niederich Hahn redet! —

**Die Verjüngung der Armee.** Pensioniert wurden in der deutschen Armee vom 1. April bis 15. Mai 1901: 5 Generale der Infanterie, Kavallerie etc., 10 Generalleutenants, 14 Generalmajore, 8 Oberste, 9 Oberstleutenants, 26 Majore, 26 Hauptleute, 7 Oberleutenants, 5 Lieutenants. In Summa 108 Offiziere. Kosten pro Jahr ca. 570 000 M. Die ungünstige Finanzlage des Reichs scheint also auf die Offizierspensionierungen nicht hemmend zu wirken. Von den vorhin erwähnten 570 000 M. erhalten die 29 pensionierten Generale die Kleinigkeit von 300 000 M.

Ferner wurden ohne Pension verabschiedet 2 preussische und 1 sächsischer Lieutenant. Ausgeschieden sind 1 preussischer und 1 württembergischer Lieutenant. Der Gesamtabgang an Offizieren beträgt somit in dem eingangs genannten Zeitraum 114.

Von den Pensionierten treffen auf Preußen 3 Generale der Infanterie, 9 Generalleutenants, 10 Generalmajore, 5 Oberste, 6 Oberstleutenants, 17 Majore, 15 Hauptleute, 7 Oberleutenants, 3 Lieutenants (Summa 75); auf Bayern 1 General der Kavallerie, 1 Generalmajor, 1 Oberst, 1 Oberstleutenant, 4 Majore, 4 Hauptleute, 1 Lieutenant (Summa 19); auf Sachsen 1 Generalleutenant, 3 Generalmajore, 2 Oberste, 2 Oberstleutenants, 4 Majore, 5 Hauptleute, 1 Lieutenant (Summa 18); auf Württemberg 1 General der Infanterie, 2 Hauptleute (Summa 3).

Unter den Verabschiedeten stehen besonders 2 Generale hervor. Erstens der württembergische Kriegsminister, der beunruhigt durch eine ganz plötzlich eingetretene Verschlimmerung seines Gesundheitszustands zum Rücktritt gezwungen wurde, was um so betrübender war, als der Herr General unmittelbar vor seiner „Krankheit“ noch verprochen hatte, daß er die Religion in der Armee neu befestigen werde. Und zweitens wurde ein Generalleutenant Renke v. Kintz welcher wohl mit dem früher in Gasse a. d. Saale befehligenden Divisionär, der den „Umsturz“ mit zahllosen Bierschäubern verboten androtten wollte, identisch sein dürfte. Wohin soll es denn mit dem Deutschen Reich kommen, wenn ein so frommer Mann wie Herr v. Spott und ein solcher Sozialist wie Herr Renke v. Kintz auch unter die große Säge geraten. —

**Vom Streikpostenfischen.** Wie besprochen gestern die Rechtsunsicherheit, die durch das Verhalten der Gerichte zum Streikpostenfischen eingerissen ist, und bemerken ironisch, daß das Justizhaus-Gesetz wenigstens den Vorzug der Klarheit gehabt habe, indem es das Streikpostenfischen schlechthin verboten und unter Strafe stellen wollte. Das Organ der Großindustrie „Berliner Neueste Nachrichten“ erweist sich daraufhin unfer „Schicksal“ nach dem nachfolgenden „Justizhaus-Gesetz“ und führt aus:

„Im Kampf um das Arbeitewilligen-Gesetz sind seiner Zeit bis in die nationalliberalen Reihen hinein schlimme Vorwürfe und Verdächtigungen gegen die industriellen „Scharfmacher“ erhoben worden. Es wäre von Interesse zu erfahren, ob jetzt jene Heckschnecke, wie Herr Wasser mann, auch Arm in Arm mit der Sozialdemokratie die deutsche Rechtsprechung der Parteilichkeit und Vergewaltigung der Arbeiter zu zeihen wagen, nachdem unsere Richter aus der Entwicklung der thatsächlichen Verhältnisse heraus gegen den Terrorismus der Arbeiter einschreiten zu müssen glauben. Vielleicht erleben wir, nachdem die Heberzeugung von der Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung des Streikpostenfischens allgemeiner geworden, nächsten Winter einen Antrag Bebel-Wasser mann-Höhe, welcher diesen Teil des „Justizhausgesetzes“ verdammt wieder vor den Reichstag bringt und dem demagogischen Verhalten vor zwei Jahren damit selber die richtige Lenur erteilt.“

Den Gerichten ist wegen ihrer Urteile gegen Streikposten der Vorwurf der Parteilichkeit und Vergewaltigung der Arbeiter nicht gemacht worden. Das Uebel liegt in dem „freien Ermessen“ der Polizeibehörde und jedes beliebigen Polizisten, der durch gänzlich unberechtigte Befürchtungen einer Verleumdung ein wichtiges Stück des Arbeiterkoalitionsrechts vernichten darf.

Es wird allerdings nötig sein, den Wunsch der „Berl. Neuesten Nachrichten“ zu erfüllen und im nächsten Winter eine reichsgesetzliche Regelung dieses unhaltbaren Zustands herbeizuführen. Es ist dringend erforderlich, ein grundlegendes Arbeiterrecht, welches das Reich gegeben, gegen das polizeiliche Ermessen sicher zu stellen. —

**Fromme Gesehedeberichter.** In Mainz haben vor einigen Tagen ein Oberleutenant und ein Lieutenant ein hartnäckiges Scheidenlästchen auf einander veranfaßt, bei dem der schlechtere Schläge eine Angel in die Schulter und eine Angel in die Hüfte erhielt. Er liegt infolgedessen schwer danieder. Nach der „Kreuz-Zeitung“ stand dieser Ausgang des Duells von vornherein fest, da der Gegner des Verletzten den Ruf eines brillanten Schwertschlägers genoh. Den Anlaß zum Duell hat die Frau des Niedergeschlagenen geboten, das Gottesgericht hat also wieder einmal dem in seiner Ehre Gefährten die Gerechtigkeit gewährt, sich zum Krüppel schleichen zu lassen. Besonders pikant wird der durch die Kavallerie der Festungsgast gedachte Wortschuss durch den Umstand, daß die beiden Duellanten vor dem Duell erst das Abendmahl genommen haben sollen. In den Abbruzzen sollen sich fromme Gesehedeberichter vor dem Vergehen der Bluttat durch Stiften einer gewissen Kerze erst in die entsprechende gehobene Seelenstimmung zu versetzen pflegen.

**Die Gründung einer katholischen Tageszeitung für das Königreich Sachsen** wird nun doch zur Thatlage. Das Eingehen des vor zwei Jahren ins Leben gerufenen Centrumsblatts hat den Dresdener „Vollverein für das katholische Deutschland“ nicht abgeschreckt. Da der Preßfonds des Vereins noch zu schwach ist, so wird vorerst ein Kopfbild erscheinen. Ueber den Druck desselben werden mit dem Verlag der „Germania“ Verhandlungen gepflogen. Man hofft die neue sächsische Centrumszeitung schon am 1. Oktober herauszugeben zu können. Doch die Zeitungsfrage in der letzten Zeit so vorangegangen ist, darf man u. a. auch dem kulturkämpferischen Ton der Synode zuschreiben. —

**Von der Pommerndant.**

Ein Gerücht, das Wahrscheinlichkeit für sich hat, nennt als Anlaß der Verhaftung der Direktoren Romeid und Schulz einen Bucher, den die Direktoren gegen Tieg beanagt haben. Tieg soll bei der 7 Millionen-Hypothek, die ihm die Pommerndant bewilligt hat, ein Grundstück für ungefähr 1 Million in Zahlung haben nehmen müssen. Dies Grundstück soll den Direktoren gehört haben. Tieg würde das Grundstück natürlich nicht genommen haben, wenn ihm ohne dasselbe die Hypothek zur Verfügung gestanden hätte. Es bleibt allerdings zweifelhaft, ob diese Handlung der Direktoren den Thatbestand des Buchers erfüllt, auch erscheint es nicht ganz klar, unter welchen Strafparagrafen die Handlung in ihrer Be-



ziehung auf die Stellung der Direktoren zur Bank (Antreue) zu registrieren wäre.

Gestern und vorgestern waren an der Berliner Börse Pommerische Pfandbriefe im Nennbetrage von 500 000 M. angeboten. Bei den gegenwärtigen Kursen erscheint hierfür, diese Papiere loszuschlagen, und es sind nur kleine Leute, die durch die Verhaftung aufgeschreckt, sinnlos ihren Besitz an den Markt werfen. Der Stand der Pommerbank mag Verluste für die Aktionäre erheben, für die Pfandbriefbesitzer sind Einbußen, die dem jetzigen Kursstande entsprechen, nicht zu bejagen.

Die Haftentlassung der Direktoren gegen je 100 000 M. Kaution ist abgelehnt.

Dah übrigens der Kurs täglich weiter auf das Industriegebiet übergriff, beweisen einige Enthaltungen der letzten Tage. Die Bank für Bergbau und Industrie, die vor drei Jahren mit 15 Millionen Aktienkapital bei 9 Millionen Einzahlung zu industriellen Spekulationszwecken gegründet worden ist und die beiden ersten Jahre 7 und 5 Proz. Dividende bezahlt hat schließlich ihr letztes Jahr mit nahezu 4 Millionen Verlust ab, ist also tatsächlich vor dem Zusammenbruch. In Köln ist eine kleinere Immobilienbank bankrott geworden, weil ihre Direktoren sich selbst oder einer Firma, an der sie beteiligt sind, hohe Kredite gewährt haben. Es sind viele kleine Leute geprellt. Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Spielzeug-Bank hand derjenige einer Königsberger Maschinenfabrik, deren Aufsichtsratspräsident den gleichen Posten bei der Pommerischen Hypothekbank bekleidet. Gegen diesen Herrn liegt ebenfalls eine Demagogation vor.

Die Kammerialischen Salzwerke, die im Vorjahre 15 Proz. gezahlt haben, und deren Direktion noch vor kurzer Zeit einem Antritte mitgeteilt hatte, der Geschäftsgang sei ein befriedigender, schließt in Wahrheit mit 14 000 M. Verlust ab. Der wirtschaftliche Niedergang wird erschreckend.

## Ausland.

### Schweden.

Die Verhandlungen über die Militärvorlage wurden am Freitag nun auch in der zweiten Kammer beendet. Der Wahlmachungs-Paragraf, in dem es heißt, daß der König das erste Aufgebot nach Anhören des Staatsrats auch zur Stellung von Käufern einberufen kann, wurde in der ersten Sitzung der Kommission mit 129 gegen 75 Stimmen, die für die Streichung des Käufern-Passus abgegeben wurden, angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß solche Wehrpflichtige, die aus Gewissensgründen keine Waffen tragen (z. B. Neumonten) zu anderen entsprechenden Dienstleistungen im Heere verwendet werden. Die Tagesordnung wußte die 2. Kammer auf 50 Oere festgesetzt wußte, die Kommission hatte 20 für die Rekruten und 50 für die Reserve vorgeschlagen. Außerdem sprach sich die Kammer noch für die Einrichtung von „Feld-Schulen“ aus, in denen die Soldaten während der Dienstzeit auch in anderen nicht militärischen Fächern Unterricht erhalten können.

### Spanien.

Die Wahlen. Nach der letzten Aufstellung der Ergebnisse der Wahlen wurden gewählt: 184 Liberale, 70 Konservative, 1 Integrist, 1 Regionalist, 6 Parteigänger Canalejas, 14 Republikaner, 9 Parteigänger des Herzogs von Tetuan, 14 Parteigänger Camagos, 4 nationalistische Unionsisten, 9 Unabhängige, 8 Karlisten, 7 Parteigänger Romero Robledo.

Ueber Zusammenstöße bei den Wahlen wird noch gemeldet:

Besonders in Jerez de los Caballeros in der Provinz Badajoz kam es gelegentlich der Wahlen zu Ausschreitungen; die Gendarmen ergriffen die Schuldlosen, die Person wurde getötet, mehrere wurden verwundet. Auch in Carmona (Provinz Sevilla) und in Looches (Provinz Madrid) fanden erste Ausschreitungen statt; in letzterem Orte wurde eine Person getötet, während zwei verwundet wurden.

### Türkei.

Meuterei von Marinemannschaften. Im Arsenal in Konstantinopel meuterten mehrere hundert Seeleute, welche, nachdem sie eine achtjährige Dienstzeit abgeleistet hatten, Urlaub verlangten. Die Meuterei richtete im Arsenal einigen Schaden an. Ein Adjutant des Sultans begab sich alsbald ins Arsenal; es gelang ihm, die Unzufriedenen zu besänftigen und die Ruhe wiederherzustellen. Das Gerücht, daß eine Anzahl der Meuterer von den Truppen verwundet worden seien, ist unrichtig.

## Partei-Nachrichten.

Die blutige Waiwoche. Unse Pariser Parteigenossen haben auch in diesem Jahre, wie immer, das Andenken der in der „blutigen Waiwoche“ des Jahres 1871 Niedergeworfenen in der üblichen Weise geehrt. Am letzten Sonntag bewegten sich Tausende von Arbeitern, Arbeiterinnen, Angehörigen und Studenten gruppenweise nach der Mauer der Höckerkerten, um dort Kränze niederzulegen. Alle Organisationen waren vertreten und brachten den gefallenen Freiheitskämpfern ihre Ehrung dar. Trotz rüchigen Polizeiaufgebots verlief die Demonstration in ruhigster Weise.

Die „Independent Labour Party“ Englands hat auf ihrem Kongress beschlossen, pro Jahr 20 000 M. für intensive Agitation in einem bestimmten Distrikt des Landes aufzuwenden. In diesem Jahr war Preston ausgewählt, wo der sozialistische Kandidat bei den letzten Wahlen 5000 Stimmen auf sich vereinigte. Vom 1. bis 5. Mai d. J. wurden in genanntem Bezirk jeden Abend eine Reihe Versammlungen abgehalten, in denen u. a. H. G. Hardy, John Hodge, Pete Curran als Redner auftraten. Ueber 50 000 Flugblätter und Leaflets wurden verteilt und die Mauer mit Plakaten und Aufhängen der Partei besetzt. Die ganze Stadt stand während der fünf Tage unter dem Einfluß der sozialistischen Propaganda. In ähnlicher Weise soll nach und nach in allen Teilen des Landes vorgegangen werden.

Im englischen Parlament ist die Unabhängige Arbeiterpartei allein durch H. G. Hardy vertreten, aber mit ihm wirken in allen Fragen einmütig die zwei „Unabhängigen Arbeiter-Mitglieder“ des Parlaments, John Burns und Richard Bell, obgleich diese nicht Mitglieder der Partei sind. Am 23. April brachte H. G. Hardy, wie wir seiner Zeit mitgeteilt, eine Resolution ein, welche die Vergeßlichkeit aller Produktionsmittel forderte. Es war das erste Mal, daß im englischen Unterhaus eine prinzipielle Auseinandersetzung über Sozialismus stattfand. Natürlich konnte die Resolution nur agitatorischen Wert haben. Im englischen Parteikreis hofft man, daß mit den drei oben Genannten der Anfang für eine Arbeiterpartei im Parlament gegeben ist.

### Politikliches, Gerichtliches usw.

Der ambulante Gerichtsstand der Presse auf neue befähigt. Der Genosse Redakteur Wittmann von der Norddeutschen Volksstimme in Bremerhaven war vom Landgericht Verden wegen Verleumdung der Polizei zu Westmünde zu 150 M. verurteilt worden. Er legte gegen dies Urteil Revision ein, indem er die Zuständigkeit des Bremer Gerichts bestritt. Die Revision wurde jedoch vom Reichsgericht verworfen mit der bekannten Begründung, daß in Verden die „Norddeutsche Volksstimme“ verurteilt werde.

## Ein letztes Wort zur Genfer Demonstration.

In seinem „Nachmal“ zur Genfer Demonstration“ sucht Reichsentscheid, anstatt meinen Nachweis der Schädlichkeit der Genfer Demonstration zu widerlegen, aus einem nichtigen Vergleich mit einer vieljährigen Zimmerei sich einen neuen Siegeslaurel zu winden. Während die Schweizer Genossen, schreibt Reichsentscheid, gegen die Ausweisungen protestieren und die russischen Demonstranten mit ihrer Namensunterschrift das Schicksal

der Inhaftierten zu teilen „verlangt“ haben, sei ich — statt mit ihm den Genfer „Steg“ zu preisen — meinen Landsleuten „in den Rücken gefallen“. Ja, noch schäbiger als das. Ich protestiere gar „vielleicht“ gegen die Protestversammlung der Genfer Arbeiterorganisation vom 25. April „infolge deren“ weitere Ausweisungen erfolgt sind. Bei bestem Willen kann ich in diesen Rückzugsworten Ke. keine Widerlegung meiner im „Vorwärts“ gemachten Ausführungen entdecken.

In der That, was habe ich denn gesagt?

Was Kr. mit dem Gloriosa einer „revolutionären“ Heldenthat zu umhüllen gesucht hat — nämlich das bei dunkler Nacht besorgte Abreißen eines wehlosen Jarenwappens in Genf — das habe ich als eine Leichtfertigkeit beurteilt, mit der der russischen Freiheitsfrage weniger gebiet sei, als mit dem häufigem Gebrauch der Schweizer Freiheiten. Das war und bleibt der springende Punkt der Diskussion. Die Tugend der Demonstranten habe ich durchaus nicht in Frage gestellt — bezeichnete ich sie doch ausdrücklich als „gute Menschen und schlechte Russtanten“ — und den Lesern des „Vorwärts“ ein Bekenntnis abzulegen, daß ich, gleich ihnen, jede wirkliche Protestversammlung von der Art der Genfer nur billige, hatte ich keinen Anlaß. Was ich aber nicht billige, das habe ich in meiner Erwiderung deutlich und deutlich genug gesagt.

Es ist übrigens falsch, wenn Kr. die Genfer Demonstrationen und deren Ausweitung mit den ihnen vorangegangenen Protestversammlungen verquilt und identifiziert. Das Viehe in der That jede Protestversammlung eventuell mit dem Stempel anarchistischer oder anarchoföderaler Leichtfertigkeit zu belegen. Wenn die letzte Strohemonstration, die nach und nach „infolge“ der Versammlung vom 25. April stattgefunden, zu neuen Ausweisungen geführt hätte, so ist es abermals nur dem „revolutionären“ Eingreifen einiger allerdings unbehelligt gebliebener Anarchisten zu verdanken, welche die ihnen auf der Straße begegneten Schweizer Militärs mit „Nieder-mit-der-Armee!“-Rufen angereizelt haben. Selbstverständlich ist die aus diesem Grunde erfolgte administrative Ausweisung von fünf ungeschicklichen Italienern, die höchstens mitgehört und „gepfiffen“ haben, aufs schärfste zu verdammen.

Ebenso mit Unrecht sucht Kr. mit dem von ihm konstruierten Gegenpaß zwischen meinem „Vorwärts“-Artikel und der eben erwähnten Protestversammlung in Genf den Glauben zu erwecken, als stünde ich mit meiner Beurteilung der russischen Demonstration ganz allein, während ich in Wirklichkeit darin nicht nur mit der unabhängigeren bürgerlichen, sondern mit der gesamten Arbeiterpresse in der Schweiz — und wohl anderwärts — übereinstimme. Hat doch erst kürzlich Genosse Karl Moor in Bern, der am 1. Mai begeistert und tapfer den revolutionären Kampf in Auland verberichtet, sich gleichzeitig über die Genfer Weichschäblichkeit in schärfster Weise geäußert. (S. „Berliner Tagblatt“, 4. Mai 1901.)

Was die Stimmung der Schweizer Genossen in Genf selbst anbelangt, so möchte ich Kr. den in der Nr. 52 des „Grillianer“ vom 7. Mai erschienenen Leitartikel aus der Feder eines bestimmten Genfer Genossen dringend empfehlen. Aus diesem Artikel, der die Genfer Anarchisten „Arbeit“ aufs schärfste verurteilt und energische Verleumdung derselben seitens der Arbeiterorganisationen verlangt, wird er erhellen, daß, wenn die Schweizer Genossen es für ihre Pflicht hielten, gegen administrative Ausweisungen zu protestieren, so folgt daraus in keiner Weise, daß sie über jede politische Ungezogenheit „guter Menschen und schlechter Russtanten“ oder deren Polizei-Zwangsmaßnahmen, „der guten Russtanten und schlechten Menschen“, in gewaltige Entzündung geraten. Mit Recht bemerkt der Grillianer-Korrespondent, daß der auf der letzten Protestversammlung angenommenen und von Kr. angeführten Resolution „kein moralischer Wert zukommt, weil die landesfremden Gefinnungsgenossen die Gelegenheit nicht benutzt haben, die Schweizerbürger wachen zu lassen. Wir leben noch nicht im Zukunftsstaat, wir leben immer noch innerhalb von Landesgrenzen, und da giebt es eben Momente, wo im Interesse der Angelegenheit die Landesfremden zurücktreten müssen.“

Wären nun die Teilnehmer beider Demonstrationen in Genf, statt auf den anarchistischen Leim zu gehen, diesen vernünftigen Erwägungen der genannten Schweizer Genossen gefolgt, kein Zweifel, daß sie dem ihnen vorgeschwebten Ziel viel, viel näher gerückt wären, als es jetzt der Fall ist.

Im Irrtum ist ferner Kr., wenn er von Paris aus die ganze bürgerliche Presse in der Schweiz — mit Ausnahme des „Genevois“ — und weniger verwandter Organe — in die gleiche Reaktionsgrube wirft. Es haben z. B. die „Gazette de Lausanne“, die „Revue“ und dergleichen einflussreiche Schweizer Zeitungen, die sonst schätzbare genug sind, spaltenlange Aufklärungen russischer Studenten über die Wiener Universitätsereignisse, allerdings vor der Genfer Demonstration, in gottschändlicher Weise ausgenommen. Wenn nun Kr. auf die „brillianten Sympathie“ dieser Presse im Namen der russischen Freiheitskämpfer „gern verzichtet“, so beruht leider sein Stolz auf einer bedauerlichen Verkennung der schweizer Verhältnisse. Die Genossen aber, die, von den Jarenfchern ins Ausland gekehrt, nicht alle nach Paris zu Kritikgeschäften können, „verzichten“ weniger auf die Sympathie der bürgerlichen Presse in der Schweiz, als auf den Schaden, welchen diese Presse ihnen und ihrer Sache zufügen sehr im Stande ist. So „brilliant“ übrigens diese Sympathie auch sein mag, immerhin ist sie einer nicht brillanten Feindseligkeit vorzuziehen, die zu glühenden und zu entsetzlichen einzig und allein im Interesse der russischen Regierung liegen kann.

Kr. wähnt mich mit dem „Genevois“ und dem Briefe des Dr. Witte an denselben zu schlagen. Er vergaß aber den Lesern des „Vorwärts“ mitzuteilen, daß auch Favon die Genfer Demonstration mit keinem Wort gebilligt und daß Dr. Witte, gewiß ein besonnener Mann, der aber für seine Besonnenheit von Kr. Gefühlsgegnossen mehr Vorwürfe als Dank eingeholt hat, sich in seinem von Kr. erwähnten Briefe beim Genfer und Schweizer Volke für die Demonstration — entschuldigend hat.

Wenn Kr. doch schließlich die prompte Informationsfähigkeit der russischen Spigel in Zweifel zieht, weil dieselben angeblich keine Zeit hätten, durch rechtzeitige Informierung der Polizei die Demonstration zu vereiteln — Kr. scheint nicht einzusehen, daß russische Spigel kein Interesse haben, solche Dinge zu vereiteln — so mögen die Herren Spigel sich selbst von dieser Schwere, aber wie mir scheint, wenig begründeten Verdächtigung ihres Verurteilers reinwaschen. Hauptliche ist, daß sie in der Versammlung zugegen waren, und das wird von Kr. in keiner Weise bestritten.

Was das nachträgliche Verhalten der russischen Demonstranten anbelangt, so habe ich, wie Kr. das glauben machen will, über dasselbe durchaus nicht „gewißelt“. Es wäre übrigens traurig genug gewesen, wenn sie auf das erfolgte Zweckmäßigkeit-Verlangen des Advokaten der Inhaftierten sich geweigert hätten, durch ihre Solidaritätsbindung das Schicksal der Inhaftierten zu erleichtern resp. einige derselben dadurch aus der Haft zu bringen.

Schweiz, den 18. Mai 1901.

P. Olliv.

## Kommunales.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer Sitzung am Donnerstagmorgen 8 Uhr u. a. folgende Gegenstände zu erledigen: Vorlagen, betreffend die teilweise Anrechnung der Diätaranzette bei der Anstellung ehemaliger Magistrats-Supernumerare als Bureau-Assistenten, — die Befestigung bezüglich der bei den städtischen Betriebsverwaltungen beschäftigten Personen, — die speziellen Entwürfe zum Neubau einer Zeichen- und Aufwahrungshalle auf dem Kirchhofe und zum Ausbau eines Pförtnerzimmers an das alte Pförtnerhaus bei der Anstalt für Epileptische, Wuhlgarten, — die Änderung des Ortsstatuts für die Kanalisation von Berlin, — die Gewährung eines Geldbetrages an die Kirchengemeinde Blankensfelde zur Beschaffung eines neuen Altarmaltes, — das Ortsstatut II vom 7. 10. März 1877, — die Erhebung von Beiträgen in Gemäßheit des § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom

14. Juli 1893, — die Erweiterung des Männer-Übervachungs-Hauses bei der Ironenstraße Herzberge, — die Regulierung der Schillerstraße in Charlottenburg zwischen Anführerstraße und Liebenburgerstraße, — die Zahlung von Abstandsgebühren für vorzeitige Aufgabe von Mietrechten im Hause Parochialstr. 17/18, — die Vornahme von Dichtungsarbeiten an der Entwässerungsleitung in der Prinzen-Allee behufs Herstellung einer Baumpflanzung, — die Erwerbung eines Gemeindegeländes in der Kutzdinerstraße — Verantwortung der Anfrage von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Polizeiverordnungen über Änderungen im Betriebe der Schanzgeschäfte und in Bezug auf das Schließen der Häuser in der Nacht, — Vorlagen, betreffend die Wahl der Vertrauensmänner für den neu zu bildenden Ausschuss zwecks Ankauf der Schöffin und Geshwornen für das Jahr 1901 — die Renovation von zwei Ratszimmermeistern, sowie den Ablauf der Wahlzeit eines Ratszimmermeisters und eines Ratsmalermeisters — und die Nachweisung der auf Grund der betreffenden Gemeindebeschlüsse gezahlten Unterstellungen.

Schöneberg. Die gestrige öffentliche Stadtverordneten-Sitzung, deren Tagesordnung in kaum 40 Minuten erledigt war (die geheime dürfte jedenfalls länger gedauert haben), beschloß zunächst, die Besprechung des Entwurfs eines Ortsstatuts für das hiesige Gewerbegebiet bis zum Oktober zu vertagen, da sich in dieser Materie noch bedeutende gesetzliche Änderungen ergeben dürften. — Wie ernst der Stadtv. Wagner sein Amt als Mitglied des Ausschusses für die Wahl von Magistratsmitgliedern nimmt, zeigte sich darin, daß er in einem Schreiben an die Versammlung das Amt niederlegte, um es nachher, ohne daß in eine anderweitige Wahl eingetreten zu werden brauchte, wieder anzunehmen. — Die Bewilligung von 1150 M. zur Verbesserung der Bade-Einrichtungen in der Schule in der Apostel Paulusstraße wurde debattelos erteilt.

Den Wohnungsfloßen Nizdorf, die städtischerseits im Armenhaus, in der alten Straßen-Reinigungskanalst. und im Wassenhause untergebracht sind, sollte es nach einem Beschluß der zuständigen Deputation für die Pflegeanstalten ermöglicht werden, sich durch Zahlung eines bestimmten minimalen Mietzinses das Wohnrecht zu erhalten. Der Magistrat hat nunmehr beschlossen, den Beschlüssen insoweit beizutreten, als dadurch eine „Einziehung von Unterbringungsfloßen“ gefordert wird. Von der Begründung eines Mietverhältnisses will der Magistrat von Nizdorf jedoch nichts wissen. Vielmehr sagt er, damit ja kein Irrtum aufkomme, in seinem Beschluß noch ausdrücklich: „Diejenigen Obdachlosen, welche dazu im Stande sind, sollen mit den der Armenverwaltung zustehenden Mitteln dazu angehalten werden, die Kosten ihrer Unterbringung im Wege der Armenpflege erfolgten Unterbringung nach den Sätzen zu erstatten, wie sie von der Deputation festgesetzt sind. Lebenslängliche Anstellungen hatten der Nizdorfer Rathauswächter Kost, die Magistratsboten und die städtischen Vollziehungsbeamten gefordert und eine Klage angebracht, indem sie behaupteten, sie seien als lebenslänglich angestellte Beamte anzusehen. Der Wahlspruch verneinte die lebenslängliche Anstellung und der Magistrat hat sich jetzt seinem Beschlusse, es auf eine Klage ankommen zu lassen, angeschlossen.“

Die Lehrfrage in Nizdorf. Der Beschluß der Stadtverordneten vom 18. März 1901, betreffend die Mietentschädigung der Nizdorfer Lehrer und Rektoren, hat nicht die Genehmigung der Regierung erhalten, insbesondere deshalb nicht, weil danach die Mietentschädigung als eine veränderliche gedacht war. Eine solche veränderliche Festsetzung widerspricht nach Ansicht der Regierung dem Grundgedanken des Lehrerbefolgungsgesetzes vom 3. März 1897. Der Magistrat hat deshalb bei der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag gestellt, jenen früheren Beschluß in der Fassung entsprechend abzuändern und als feste Mietentschädigungen zu bewilligen: 1. Den festangestellten Rektoren sowie den Lehrern, die mindestens vier Jahre im öffentlichen Schuldienste gestanden haben, sofern sie verheiratet sind oder doch wenigstens einen eigenen Haushalt führen: a) Rektoren, welche das Rektorexamen abgelegt haben, 600 M., b) Rektoren, welche das Examen nicht abgelegt haben, 550 M., c) Lehrer 500 M.; 2. den noch nicht vier Jahre im öffentlichen Schuldienste stehenden Lehrern sowie festangestellten Rektoren und Lehrern, wenn sie unverheiratet sind und keinen eigenen Haushalt führen, ferner einflussvoll angestellten Lehrern, endlich Lehrerinnen und Handarbeits-Lehrerinnen: a) Rektoren, welche das Rektorexamen abgelegt haben, 400 M., b) Rektoren ohne Rektorexamen 300 M., c) Lehrern, Lehrerinnen und Handarbeits-Lehrerinnen 300 M. — Der Magistrat ist der Meinung, daß diese Mietentschädigungen als feste Sätze bewilligt werden können, weil ein Fehlen der Mietpreise für angemessene Lehrerwohnungen unter die bezeichneten Beträge nicht zu erwarten sei.

In Adlershof erhielt die Gemeindevertretung Kenntnis von der Gewährung einmaliger und widerruflicher Staatsbeihilfe zu den Schul-Unterhaltungskosten. Es sind gewährt worden an einmaliger Unterhaltung 5000 M., des weiteren widerruflich auf 5 Jahre je 1000 M. Ferner ist eine Beihilfe zur Lehrer-Befoldung in Aussicht gestellt worden. Weniger erfreulich war die Mitteilung, daß der Bezirksschulrat in Sachen der Gemeinde Adlershof gegen die Vertriebsgemeinden zwecks Heranziehung derselben zu den hier angeführten Kosten ablehnend erklart hat, weil die Gemeinde in ihren Leistungen nicht überfordert sei. Diese zur glücklichen Durchführung der Lage notwendige Ueberbürdung besteht darin, daß eine Gemeinde infolge schlechter finanzieller Verhältnisse gezwungen ist, die Einkommen unter 420 M. jährlich zu versteuern. Es ist überaus bedauerlich, daß Wohl einer Gemeinde von einer derartigen Bestimmung abhängig zu machen.

Wie sich die Heranziehung obiger Einkommen zu den Gemeinde-Einkommen gestalten würde, zeigt die Berechnung, die der Gemeindevorsteher angestellt hat: Es stände eine Einnahme von 55 bis 60 Mark jährlich auf dem Papier; da aber unter anderem auch die Dienstboten unter diese Rubrik fallen würden, wird die Einnahme infolge Stellenwechsels und Bezugs und bestimmt und immer schlechter als die Berechnung ausfallen. Dann steht auch infolge der doch sicher anzunehmenden Mittellostigkeit dieser Steuerzahler zu erwarten, daß Einziehungsgeldern und Ausfälle sehr groß werden, und somit hätte die Gemeinde höchstwahrscheinlich bei Einführung der Steuer eher ein Weniger als ein Mehr in der Einnahme zu erwarten. Diese Gründe haben seiner Zeit die Vertretung veranlaßt, von dieser Erhebung Abstand zu nehmen; sie werden auch bei der Fortführung der Lage ins Feld geführt werden.

## Gerichts-Beilage.

### Die freitbare Kirche.

Zwei Geistliche, der Prediger Alberti von der Dankeskirche und der Prediger Troh von der zwölf Apostel-Kirche, standen sich gestern vor der 147. Abteilung des Schöffengerichts gegenüber. Am 20. Oktober v. J. fand in der Friedensebene eine Versammlung der liberalen Wähler statt, zu der auch Anhänger der positiven Richtung erschienen waren. In den Vortragenden gehörte u. a. auch der Pfarrer Alberti, der die liberale Richtung vertrat. Ueber diesen Vortrag sowie über den ganzen Verlauf der Versammlung wurde am folgenden Tage im „Reichsboten“ ein Bericht veröffentlicht, der in der Oktobernummer des „Evangelischen Pfarrervereins“ zur Verlesung und Erörterung gelangte. Die Versammlung gelangte zu der Ansicht, daß Prediger Alberti durch seinen Vortrag das Ansehen der evangelischen Geistlichkeit, und besonders derjenigen der positiven Richtung, geschädigt habe, indem er auf angebliche Widersprüche in der „Heiligen Schrift“ hingewiesen und dieselbe dadurch als verlässige Erkenntnisquelle herabgesetzt habe. Es wurde der Beschluß gefaßt, drei Vorstandsmitglieder mit der Aufsetzung eines Schreibens an den Prediger Alberti zu beauftragen, worin dem Bedauern über sein Verhalten Ausdruck gegeben werden sollte. Der Vorsitzende, Pfarrer Troh, hat dies Schreiben allein unterzeichnet. Pfarrer Alberti fand sich durch den Inhalt des Briefs beleidigt und zog den Pfarrer Troh ins Wege



Der Privat-Beseidigungsakkt zur Verantwortung. Nach längeren Auseinandersetzungen von beiden Seiten kam es zwischen den Parteien zu einem Vergleich. Auf Grund der unter Beweis gestellten Behauptung des Klägers, daß der Bericht in dem „Reichsboten“ seine Ausführungen teils unrichtig wiedergegeben habe, teils aus dem Zusammenhang herausgerissene Äußerungen enthalte, die dadurch fälschlicherweise wirkten, erklärte der Beklagte, daß er die in dem Briefe enthaltenen Ausdrücke, welche von dem Kläger als beleidigend aufgefaßt worden seien, mit Bedauern zurücknehme, zumal ihm eine Absicht, den Kläger zu beleidigen, durchaus fern gelegen habe. Darauf zog der Kläger die Klage zurück. Die Kosten übernahm der Beklagte.

**Die Beleuchtung des geschobenen Fahrrades.** Der Kaufmann Frühling sollte sich gegen die bekannte Bestimmung aller Fahrrad-Berordnungen vergangener Jahre, wonach Radfahrer während der Dunkelheit an ihrem Rad eine hellbrennende Laterne haben müssen. Der Angeklagte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben; er habe das Rad zur fraglichen Zeit geschoben und hätte deshalb einer Laterne nicht bedurft. Es wurde jedoch in zweiter Instanz mit der Begründung verurteilt, daß es ganz gleichgültig sei, ob das Rad geschoben oder gefahren werde. Während der Dunkelheit müsse es auf jeden Fall beleuchtet sein. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Kammergericht die Vorentscheidung auf und sprach für frei. Begründung wurde ausgeführt: Der Strafenat nehme jetzt im Gegenzug zu früher den Standpunkt ein, daß ein Fahrrad, wenn es während der Dunkelheit geschoben werde, einer Beleuchtung nicht bedürfe. Nur wenn es wirklich gefahren, d. h. wenn es getreten werde, müsse es in der Dunkelheit durch eine hellbrennende Laterne beleuchtet sein.

**In dem Sensationsprozess gegen den Bankier Max Arndt** aus Berlin und drei Redacteurs des „kleinen Journals“ wegen öffentlicher Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Siegfried Rosenstock beantragte nach vierzehntägiger Verhandlung vor der Potsdamer Strafkammer der Erste Staatsanwalt Wagner gegen Arndt drei Monate Gefängnis, gegen die Redacteurs Geldstrafen von 200 resp. 300 M.

### Sociales.

**Gegen die geplante Zollgesetzgebung** erklärte sich der Verband deutscher Eisenwaren-Händler auf seiner jüngst in Leipzig abgehaltenen Generalversammlung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Der Verband deutscher Eisenwaren-Händler erklärt den Abschluß langfristiger Handelsverträge für eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Er verwirft jede Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle, durch welche einerseits die Nahrungsmittel der breiten Schichten der Bevölkerung verteuert würden, andererseits der Abschluß langfristiger Handelsverträge ernstlichen Hindernissen begegne. Der Verband richtet an die veräußerten Regierungen und den deutschen Reichstag daher das Ersuchen, die von den agrarischen Parteien aufgestellten übertriebenen Forderungen entschieden zurückzuweisen und an der bewährten Grundlage der bisherigen Handelspolitik festzuhalten, welche den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands und die Blüte der Industrie möglich gemacht hat.

In einer zweiten Resolution spricht sich der Verband gegen die aus öffentlichen Mitteln gewährte Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen der Handwerker-Organisationen, als Einkaufsstellen zc. aus.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Fensterputzer!** Da sich die Fensterputzer in Dreßlau mit den Unternehmern in Lohnunterschieden befinden, so bitten wir den Zugang nach Dreßlau fernzuhalten. Die Kollegen werden ersucht, den Arbeitsnachweis beim Gastwirt Mährwaldt, Alte Poststr. 54/55, nicht in Anspruch zu nehmen, da von dort bis jetzt Arbeitswillinge nach Dreßlau geschickt wurden. Der Arbeitsnachweis der Fensterputzer befindet sich bei Weichardt, Gröbnerstr. 21, Hof rechts. Dasselbe wird auch für die zugerechneten Kollegen der Reise-Unterstützung anbezahlt. Der Vorstand des Unterstützungsvereins der Fensterputzer.

**Aus den Gewerkschaften.** Im Verein der Bühnenarbeiter wurde mitgeteilt, daß die Direktion des Theaters des Bestens eine Lohnreduktion für die Sommermonate angekündigt hat. Der Lohn soll auf 90 M. reduziert werden.

Der Verein der Zimmerer Berlins und der Umgegend weiß seine Mitglieder darauf hin, daß Arbeitsordnungen, die die Unterzeichnung der Schlichter-Kommission enthalten, unterschrieben werden können. Andre Arbeitsordnungen sind abzuweisen. — Die Sektion der Drauer umfaßt jetzt 433 Mitglieder in Berlin. In der letzten Versammlung wurde mitgeteilt, daß auf Vorstellungen seitens des Verbandes in der Branerei von Habel die Tag- und Nachtschicht eingeführt ist. Es bedeutet das gegen den bisherigen Zustand eine Verbesserung, die von den Arbeitern angenehm empfunden wird.

#### Deutsches Reich.

**Der Streik der Metallarbeiter** in der Kronleuchterfabrik von Seifert in Dreßden ist, trotzdem die Arbeiter wiederholt Verhandlungen anboten, zu seinem Abschluß gelangt, da der Firmeneigener Schroff jede Verständigung ablehnte. Es wird deshalb gebeten, den Zugang streng fernzuhalten.

**In dem Zustand der Summi-Arbeiter in Harburg** ist bisher keine Aenderung eingetreten. Die Vermittlung des Bürgermeisters, auf die man einige Hoffnung gesetzt hatte, blieb erfolglos, so daß die Streitenden einmütig beschlossen haben, den Kampf fortzusetzen und nicht eher an ihre Plätze zurückzukehren, bis den Arbeiterinnen in der Schuhfabrik die geringe Lohnzulage gewährt ist.

#### Ausland.

**Der Zustand der Metallarbeiter in Nordamerika.** Aus New York telegraphisch das Bureau Laffan: Der Maschinenarbeiter-Streik nahm heute seinen Anfang. Die Zahl der Ausständigen beläuft sich auf 50 000. Viele Firmen gewährten die Forderungen der Ausständigen und der Streik ist infolge dessen kein allgemeiner. Man nimmt an, daß nur etwa 2000 von 12 000 Maschinenarbeitern in New York und seiner Umgebung sich im Ausstand befinden. In Cleveland, Provinz Ohio, sind 12 000 Arbeiter ausständig. Die Fabriken in Wilkesbarre stehen mit wenigen Ausnahmen still. 8000 Leute haben in Scranton die Arbeit niederggelegt. In Philadelphia beteiligten sich 1000 Maschinenarbeiter am Streik. In Halleton stehen alle Werksstätten still. In Chicago wird der Streik morgen beginnen. 3000 Arbeiter stellen in Cincinnati die Arbeit ein, wo Compens den Streik leitet.

Der Streik ist jetzt in den Neuengland-Staaten ganz allgemein, wo fast 15 000 Arbeiter feiern. In San Francisco sind 2500 in Ausstand getreten und ungefähr 1000 in jeder der nachfolgenden Städte Milwaukee, Indianapolis, Kansas City, Buffalo, Dunfer, Schenectady, Detroit, Baltimore und Richmond.

**Zur Entwicklung der britischen Gewerkschaften.** Der jüngst veröffentlichte sechste Jahresbericht des britischen Arbeitsamts enthält unter anderem eine Reihe bemerkenswerter Zahlen über die Gewerkschaftsentwicklung im Jahre 1899. Da uns der Bericht selbst noch nicht vorliegt, entnehmen wir sie dem Monatsbericht des Bundes der vereinigten Maschinenbauer und ergänzen sie auf Grund anderweitig bekannt gewordener Thatsachen.

Zu Anfang 1899 verzeichnete das Arbeitsamt den Bestand von 1310 Gewerkschaften mit zusammen 1 649 231 Mitgliedern. Die große Zahl der Vereine erklärt sich dadurch, daß es in England noch eine Unmasse selbständiger Lokalvereine gewerkschaftlichen Charakters giebt, die sich aus dem einen oder anderen Grunde dem Anschluß an die centralisierten Verbände widersetzen oder aber einen

specialisierten Arbeitsberuf vertreten, der in einem losen Bundesverhältnis zu größeren Industrieverbänden steht. Inbes fangen auch hier die centralisierten Gewerkschaften immer mehr von diesen vorläufigen Organisationen auf. Ende 1899 war die Zahl der Organisationen um 18 geringer, nämlich 1292, die Gesamtzahl der Mitglieder aber um 163 287, d. h. auf 1 802 518 gestiegen. Eine bedeutende Konsolidation der Bewegung. Verglichen mit der Zahl der ganzen lohnarbeitenden Klasse Englands vertritt dieses Heer von 1 800 000 Gewerkschaftlern aber doch erst ein Fünftel der männlichen und ein Zehntel der weiblichen Arbeiterschaft.

Von den 100 bedeutendsten Gewerkschaften giebt der Bericht genauere Zusammenstellungen über deren Finanzentwicklung in dem Berichtsjahre. In Mark übersezt und abgerundet stellen sich die Summen wie folgt:

Gesamteinnahmen	37 280 000 M.
Gesamtausgaben	25 590 000
Ueberschuß	11 670 000 M.

Mit diesem Zuschuß stellte das Gesamtvermögen dieser Vereine sich Ende 1899 auf 65,6 Millionen Mark. Die größten Ueberschüsse machten die Vereine der Schiffbau- und Maschinenbau-Industrie; ihr Vermögen stieg von 14,8 auf 19,6 Millionen. Allerdings war das Jahr für sie ein besonders gutes und sind die Mitgliederbeiträge bei ihnen nahezu doppelt so hoch als bei der Durchschnitt aller Vereine erhebt. Dieser Durchschnitt war 80 Schilling 7/4 Pence im Jahr, der Bund der vereinigten Maschinenbauer aber erhebt 60 Schilling 4/4 Pence. Ungefähr auf dem Durchschnitt stehen die Organisationen des Baugewerbes, wesentlich unter ihnen die der Berg- und Bruch-Industrien. Diese Unterschiede erklären sich in der Hauptsache aus der Verschiedenheit der Hilfskassen-Einrichtungen der verschiedenen Gewerkschaften, doch sind auch die rein gewerkschaftlichen Leistungen sehr verschieden abgestuft. Was die drei Hauptabteilungen der Hilfskassen-Leistungen betrifft, so entfielen von der oben erwähnten Gesamtansgabe der 100 Gewerkschaften

auf Arbeitslosen-Unterstützung	8 820 000 M.
„ Kranken- und Unfalls-Unterstützung	6 040 000
„ Alters- und Invaliden-Unterstützung	3 577 000
Zusammen:	13 446 000 M.

Eine der ältesten gewerkschaftlichen Altersversicherungsclassen ist die des Verbands der vereinigten Maschinenbauer. Nach einer, an anderer Stelle des Monatsberichts veröffentlichten Zusammenstellung zahlte der Verband zu Anfang 1901 an 3736 Mitglieder Alterspensionen, und zwar

an 376 Mitglieder	7 Schilling wöchentlich
789	8
1457	9
1114	10

Die allgemeine Richtung im Verhältnis der Pensionssätze ist von den niederen zu den höheren Sätzen. Von 1898 bis 1901 stieg die Zahl der 7 Schilling-Empfänger von 328 auf 376, d. h. um 15, die der 10 Schilling-Empfänger von 619 auf 1457, d. h. um 80 Prozent. Immer weiter spannt sich der Zeitraum zwischen dem Beitritt des Mitgliedes und der Zeit aus, in der es sich zur Pensionierung meldet. Er belief sich im Jahre 1885 auf 32, im Jahre 1900 auf 37 1/2 Jahre im Durchschnitt.

„Alles in Allem“, schließt das Maschinenbauorgan seinen Auszug aus dem Bericht des Arbeitsamts, „war das Jahr 1899 ein solches merkwürdigen Fortschritts, sowohl vom Gesichtspunkt der Allgemeinheit, wie dem der einzelnen Vereine. Weniger Gewerkschaften und mehr Gewerkschaftler, anhaltende Beschäftigung, Zunahme der Kassenbestände und eine Steigerung des Verantwortungsbewußtseins bildeten seine hauptsächlichsten Charakterzüge“. Die Lage des Maschinenbauergewerbes scheint in England der Zeit nach eine vorwiegend günstige zu sein. Die Zahl der Mitglieder des Verbands, die der Arbeitslosigkeit, Reise- u. Unterstützungsempfänger war Ende April geringer als Ende März und belief sich im ganzen auf 2063 von 88 820 Mitgliedern = 2,32 Proz., was immer noch als ein mäßiger Prozentsatz zu bezeichnen ist.

Erwähnt sei hierbei noch, daß der Verband der vereinigten Maschinenbauer auf einer im April d. J. abgehaltenen Konferenz mit dem Vorstand des Fabrikantenbundes eine Erhöhung des Mindestlohns für London und zwei benachbarte Distrikte von 1/4 Pence die Stunde oder 1 Schilling die Woche erzielt hat. Dies bringt den Mindestlohn auf 30 Schilling die Woche, mit einem Aufschlag von 2 Schillingen für Schmelze am heißen Feuer und 3 Schillingen für Modellarbeiter. Der Londoner Fabrikantenbund, der erst die Forderung der Gewerkschaft auf 2 Schilling abgelehnt hatte, hat diesen Entschluß der Konferenz beider Vorstände acceptiert, so daß als erste Abteilung vom 11. Mai ab 4 bis 5000 Arbeiter den Zuschuß empfangen. Die Lohnreduktion soll für alle Arbeiter gelten, ob Mitglieder des Maschinenbauer-Verbands oder nicht. „Hoffentlich veranlaßt die Erkenntlichkeit“, bemerkt der Bericht dazu, „diejenigen, die noch außen stehen, in unsre Reihen einzutreten.“

### Die Rückkehr der Chinatruppen

soll den hauptsächlichsten Inhalt der Meyer Verhandlungen des Reichstags mit dem Kaiser gebildet haben. Aus Offiziöskreisen wird der „Deutschen Zeitung“ sogar gemeldet, daß bereits die kaiserliche Genehmigung zur stückweisen Zurückziehung der Truppen erfolgt sei.

Ferner wird aus Hannover, also jedenfalls nach Mitteilungen einer Waldersee nachstehenden Seite, gemeldet, daß Waldersee zu Ende Juli oder Anfang August zurückzukehren beabsichtigt. Vor seiner Heimreise werde der Generallieutenant Japann — kann jedoch auch America — einen kurzen Besuch abstaten. Zum Schutz der Gesandtschaften, der Eisenbahnen und Missionare würden voraussichtlich 7000—8000 Mann zurückbleiben. Eine für den Anfang immerhin sehr kräftige Kolonialarmee!

#### Der neue Verbändete.

Waldersee meldet aus Peking, daß die Vorerhebungen im Süden von Peking nach den Mitteilungen des französischen Generals Bailoud durch chinesische Truppen mit Erfolg bekämpft wurden. Es kam sich nur um die Truppen des Generals Liu handeln, in die die deutschen Truppen vor einigen Wochen bei ihrem Zurückweichen an der chinesischen Mauer so schnell mit Granaten feuerten. Wenn diese so unbedeutend behandelten Truppen jetzt wirklich das freiwillige Polizeikorps Waldersees bilden, so wird es vollständig ratselhaft, warum Waldersee durch die berühmte Schauff-Expedition dem hübschen Liu und seinen Leuten so bösartig mißspielte. Hätte Waldersee die braven Leute gleich gewähren lassen, so befänden nicht nur ein paar Tausend Deutsche noch ihre gesunden Glieder, sondern die jetzigen Unruhen wären gar nicht erst ausgebrochen.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

#### Reichstags-Erwahl im Wahlkreis Grimmen-Greifswald.

**Greifswald, 21. Mai.** 10 Uhr 40 Min. abends. Bei der heute stattgefundenen Erwahl im Reichstags-Wahlkreis Greifswald-Grimmen erhielten nach bisheriger Zusammenstellung Landrat von Behr-Greifswald (kons.-agr.) 411, Syndikus Gothein-Dreßlau (frei. Vg.) 5089 und Tischlermeister Knepp-Stettin (Soz.) 1583 Stimmen. Obwohl noch die Resultate aus einigen 50 Bezirken fehlen, ist doch sichtbar zwischen Behr (L.) und Gothein (frei. Vg.) wahrheitlich. In der Hauptwahl 1898 wurde v. Bismarck-Gothein (L.) mit 8376 gegen 4210 Stimmen, die auf den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung fielen, gewählt. Der socialdemokratische Kandidat hatte 2601 Stimme erhalten.

#### Englisches Unterhand.

**London, 21. Mai.** (B. Z. B.) Auf eine Anfrage erklärt Unterstaatssekretär des Aeußern Lord Cranborne, der britische Generalkonsul in Tientsin habe berichtet, daß am 4. Mai ein Schlepp- und Leichter-Schiff, welches die englische Flotte trug,

eine deutsche Pontonbrücke angefahren habe. Die deutschen Soldaten hätten Feuer auf den Schlepper gegeben und 2 Chinesen verwundet; später seien sie an Bord gekommen und hätten die Mannschaft an Land gebracht. Die Angelegenheit sei durch den in Tientsin kommandierenden britischen General dem deutschen General mitgeteilt worden, und der letztere habe in seiner Antwort das Bedauern über den Vorfall ausgedrückt und versprochen, Maßregeln zu treffen, um der Wiederkehr eines ähnlichen Vorgehens für die Zukunft vorzubeugen.

Darauf setzt das Haus die Beratung der Finanzbill fort.

Unterstaatssekretär Lord Cranborne fährt weiter aus, was den Vorfall betreffe, daß die Entschädigung mittels einer von dem europäischen Konzert garantierten Anleihe bestritten werden sollte unter einer gemeinsamen internationalen Garantie, so sei die Verpflichtung der Chinesen, die Entschädigung zu zahlen, unzweifelhaft eine gleiche für alle Chinesen und, wenn es je notwendig werden sollte, was hoffentlich nicht der Fall sein würde, Gewalt zur Eintreibung anzuwenden, so würde es die gemeinsame Gewalt aller Mächte sein müssen. Die gegen die gemeinsame Garantie erhobenen Einwendungen seien so in die Augen springende, daß die Regierung nichts damit zu schaffen haben wollte im Hinblick darauf, daß der englische Kredit höher steht, als der irgend einer andern Macht und England nur einen kleinen Teil der gesamten Entschädigung beanspruche. Es würde wahrscheinlich gewesen sein, die Anleihe gemeinsam zu garantieren. Was die Bestrafung der hochgestellten Beamten, welche für die Ermordung von Europäern und den Angriff auf die Gesandtschaften verantwortlich seien, angehe, so seien sechs Personen zum Tode verurteilt worden; hiervon seien drei hingerichtet worden, den andren drei sei gestattet worden, Selbstmord zu begehen. (Zweites Geschlecht.) Drei Beamte seien verbannt und zweien nach ihrem Tode ihre Ehren entzogen worden. Was die Verbrecher in den Provinzen betreffe, so sei die Bestrafung von 150 Personen gefordert; diese Forderung sei in Anbetracht des verruchten Charakters der Mörder nicht übertrieben, sie sei von den Mächten mit Ausnahme von Rußland gemeinsam gestellt. Im ganzen träten die Dinge in China jetzt in eine friedlichere Phase und es sei zu hoffen, daß England in nicht allzu langer Zeit im Stande sein werde, die englische Streitmacht zurückzuziehen. Dies hänge davon ab, wie weit die chinesische Regierung in der Erfüllung der zahlreichen Forderungen der Mächte geht. Schon seien über 3000 britische Truppen angewiesen worden, die besetzten Gebiete zu räumen. Es sei zu hoffen, daß in nächster Zeit eine noch größere Truppenmacht zurückgezogen werden würde. Was die Tientsiner Streitfrage betreffe, werde man sich erinnern, daß die Frage des Rechtstitels einer künftigen Prüfung vorbehalten bleibe. Die britischen und russischen Truppen seien von den streitigen Punkten zurückgezogen worden; am 18. Mai sollten gewisse Aufschüben und Grenzsteine auf dem Boden errichtet worden sein, der von der chinesischen Bahnverwaltung als der ihrige beansprucht wurde. Wir haben keinen Grund, zu glauben, fährt der Redner fort, daß dies mit Kenntnis der russischen Regierung geschehen sei. Es habe sich oft in China ereignet, daß russische Behörden Dinge gethan hätten, von denen er Grund zu haben glaube, daß sie gegen den Wunsch der russischen Regierung geschehen seien. Die Angelegenheit sei zur Kenntnis der russischen Regierung gebracht worden, deren Antwort dahin gieng, daß die Prüfung dieser Frage verschoben worden, bis wichtigere mit dem englischen Vertreter gepflogene Unterhandlungen beendet seien.

Der Interimtrag Fowlerd zur zweiten Lesung der Finanzbill, der sich gegen die Verrechnung des Heeres auf Kosten der Flotte richtet, wird mit 300 gegen 123 Stimmen abgelehnt.

#### Oberhand.

Lord Lansdowne fährt aus, jüngst sei das Gerücht aufgetaucht, Graf Waldersee sei im Begriff, eine militärische Expedition in großem Maßstabe in einiger Entfernung von Peking zu unternehmen, und wünsche dazu die Kooperation der alliierten Mächte.

Die Regierung sei über den Umfang der Expedition nicht unterrichtet worden; es habe sich jedoch ergeben, daß eine Notwendigkeit für die Expedition nicht bestanden habe; die Regierung habe von Anfang an kein Geheimnis von ihrer Abneigung gemacht, in irgend eine Expedition fern von Peking gezogen zu werden. (Beifall.) Er glaube, dieses Gefühl werde von andern Mächten geteilt, die den Augenblick kommen zu sehen wünschten, wo sie die Truppen zurückziehen oder bedeutend vermindern könnten.

**Frankfurt a. M., 21. Mai.** (B. Z. B.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus New York: Bis jetzt hat die Hälfte der Maschinenbauer den Neunfundentag erlangt. Inzwischen scheint der Ausstand nicht zweifelhaft zu sein, da die Streikbewegung mit seltener Einnigkeit von der atlantischen bis zur pacifischen Küste organisiert ist.

**Frankfurt a. M., 21. Mai.** (B. Z. B.) Nach einem Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ aus Brüssel wurde in der Glasindustrie von Charleroi endlich eine Verständigung erzielt. Der Gewerkschaftsverein beschloß die Wiederaufnahme der Arbeit.

**Stuttgart, 21. Mai.** (B. Z. B.) Im Landtag wurde der Antrag der Socialisten auf Abschaffung der württembergischen Gesandtschaften in Berlin und München mit 63 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

**Leipzig, 21. Mai.** (B. Z. B.) Die Revisionsverhandlung im Prozeß Sternberg ist weiter am morgen vertagt worden.

**Strasbourg i. Elsaß, 21. Mai.** (B. Z. B.) Der Landesanschuß erledigte heute in dritter Lesung die Besetze zur Steuerreform.

**Wien, 21. Mai.** (B. Z. B.) Das Abgeordnetenhaus beendete die Generaldebatte der Investitionsvorlage und nahm Artikel 1 auch in der Specialberatung an. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

**Prag, 21. Mai.** (B. Z. B.) Die Militärbehörde verbot in den Kasernen die Kospionage einer vom Abgeordneten Klosek herausgegebenen Broschüre, in welcher die Affäre des Soldaten Jlat dargestellt wird.

**Paris, 21. Mai.** (B. Z. B.) Deputiertenkammer. Zu Beginn der Sitzung schritt das Haus zur Auslösung seines Budgets und ernannte dazu die Budgetkommission, deren Mitglieder u. a. Rouvier, Lockroy, Combar, Guillemin und Trouillot sind. Die Mehrheit der Kommission ist ministeriell; alle wünschen, daß das Budget noch vor Ablauf des Jahres genehmigt werde. Die Frage, betreffend die Einkommensteuer, wurde kaum berührt. Die Kommission ist der Ansicht, daß diese Frage getrennt beraten werden müsse und nicht in derselben Zeit wie das Budget behandelt werden dürfe.

**Paris, 21. Mai.** (B. Z. B.) Der Handelsminister hat die Marxeller Dodgegesellschaft einmütig, ihre Tarife um 7 Proz. zu erhöhen, um die durch die gesteigerten Löhne verursachten Produktionskosten zu decken. Die Dodgegesellschaft hatte ursprünglich die Ermäßigung um eine Tarifierhöhung um 10 Proz. verlangt.

Dem Senat ist ein Gesetzentwurf zum Schutz der öffentlichen Gesundheitspflege zugegangen. Wichtigere Bestimmungen desselben betreffen die Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose.

**Brüssel, 21. Mai.** (B. Z. B.) Senat. Bei der Erörterung der Petition von Gustav Trépoignant (Socialist), welcher die Petition unterstützt, von der Notwendigkeit der Einsetzung eines Schiedsgerichts, weist auf den von der Kammer eugenommenen Antrag hin und fordert die Regierung auf, in diesem Sinne bei der englischen Regierung vorstellig zu werden. Minister des Aeußern des Aeußern protestiert gegen die ungerichteten Behauptungen gegenüber den Engländern. (Widerpruch auf allen Seiten.) Der Minister schlägt alsdann vor, die Petition an das Ministerium des Aeußern zu überweisen. Mehrere Redner unterstützen den Antrag. Der Antrag Lafontaine wird hierauf mit 37 gegen 22 Stimmen abgelehnt und die Ueberweisung der Petition an das Ministerium des Aeußern angenommen.

**Corf, 21. Mai.** (B. Z. B.) Infolge Ausstands der Grubenarbeiter war die Stadt gestern abend ohne Beleuchtung. Zahlreiche Zeitungen konnten nicht erscheinen, weil ihre Druckereien meistens mit Gasmotoren arbeiten. Auch viele andre industrielle Establishments wurden durch den Ausstand in ihrem Betriebe gestört.



Veranstaltungen.

Eine von Krankenkassen-Vorständen, Verwaltungsbeamten und Ärzten sehr stark besuchte Versammlung tagte am Montag in der Berliner Reifourne, Kommandantenstraße. An Stelle des verhinderten Herrn Oberstabsarzt Dr. Bamwitz referierte Herr Dr. Lennhof über die Erholungsstätten vom Roten Kreuz. Der Redner schilderte in eingehender Weise die Notwendigkeit und die Vorteile solcher Erholungsstätten und verwies darauf, daß die bisher einzige auf Anregung der Central-Kommission vom Roten Kreuz im vorigen Jahr eingerichtete Erholungsstätte in der Jungfernhöhe ein verhältnismäßig gutes Resultat erzielt hat. Die Erholungsstätte, die für 150 Besucher eingerichtet ist, war von über 100 Personen durchschnittlich pro Tag besucht und bei gutem Wetter ist oftmals die Zahl von 150 überschritten worden. Auf Grund der Erfahrungen, die im Vorjahre gemacht wurden, sind verschiedene Änderungen vorgenommen worden. Während bisher der Preis für das Mittagessen 20 Pf. betrug und es den Patienten überlassen wurde, sich ein solches zu kaufen oder nicht, ist jetzt der Preis auf 30 Pf. festgesetzt und soll jeder Patient außer der Milch auch Mittagessen erhalten. Es hat sich herausgestellt, daß ein Teil der Patienten auf ein warmes Mittagessen verzichten und sich mit den mitgebrachten halb verbackenen Butterbrot begnügen mußte und daß andererseits das verabreichte Essen wohl schmackhaft, aber für stärkere Esser doch nicht ausreichend war. Die Gesamtkosten für Milch, Mittagessen und Fahrgeld — belaufen sich auf die für sorgfältige Eisenbahnverwaltung eine Ermäßigung des Fahrgeldes abgelehnt und den Besuchern der Erholungsstätte nicht mal die Benennung der Arbeiter-Wochenarten gestattet — würde pro Tag und Person nunmehr 70 Pf. betragen. Mehrere Klassen haben bereits beschlossen, diese Kosten ohne Kürzung des Krankengeldes für ihre Mitglieder zu decken, und es wäre zu empfehlen, daß sämtliche Klassen, die doch durch eine gründliche Heilung der Mitglieder einen finanziellen Vorteil erzielen, diesem Beispiel folgen. Im Juni wird eine zweite Erholungsstätte zwischen Rankow und Schönholz, und wenn sich die Notwendigkeit herausstellt, eine dritte und vierte eingerichtet und damit auch eine mögliche Trennung der leichteren von den schwer Kranken vorgenommen werden. Der Redner verweist sodann darauf, daß in einigen anderen Orten, wie München, Frankfurt a. M. usw. von den Krankenkassen selbst solche Erholungsstätten eingerichtet und daß die Erwartungen, die an diese Einrichtungen geknüpft, vollumfänglich erfüllt worden sind.

Ein Vertreter des Komitees vom Roten Kreuz erörterte hierauf ausführlich die technischen Einrichtungen der Erholungsstätte, die im Interesse der Patienten und auch der Klassen getroffen sind, und teilte unter anderem mit, daß die Kontrolle der Patienten täglich dreimal erfolgen soll, und daß die Erholungsstätte morgens um 8 Uhr geöffnet und abends präzis 7 Uhr geschlossen wird. Herr Dr. Becker hält die Erholungsstätten für sehr notwendig; sie dürften aber unter keinen Umständen sogenannte Wohlthätigkeitsanstalten, sondern nur wirtschaftlich-socialen Einrichtungen darstellen, und aus diesem Grunde müsse auf die von anderer Seite zur Evidenz Verfügung gestellten Gelder verzichtet und falls den Klassen die Aufwendungen für diesen Zweck versagt werden, die Mittel in sonst geeigneter Weise aufgebracht werden. Herr Dr. Friedberg erachtet die Krankenkassen für durchaus berechtigt, die Kosten für diese Verpflegung der Mitglieder zu übernehmen und giebt der Meinung Ausdruck, daß die Aufsichtsbehörde dagegen wahrscheinlich keine Einwendungen machen wird. Nachdem noch die Vertreter der Neuen Maschinenbauvereine und der Ortskrankenkasse der Kaufleute darüber gesprochen, daß die Kosten als Zuschuß zur Kur und Pflege für die Patienten ohne Abzug des Krankengeldes von den Klassen bezahlt werden und sich Herr Hennig von der Schornsteinfegerkassse dagegen ausgesprochen, wurde folgende Resolution mit allen gegen einige Stimmen angenommen: Die versammelten Vertreter der Krankenkassen verpflichten sich, ihren Klassen zu empfehlen, die für die Besucher der Erholungsstätte aufgewandten Auskosten zu übernehmen.

Hierauf referierte Herr Dr. Freudenberg über den Arzneibezug der Krankenkassen-Mitglieder und die Stellung der Herren Ärzte zur neuen Verordnungsweise. Der Redner beleuchtete nochmals die Ursachen des gegenwärtigen Kampfs und das Verhalten der Apothekenbesitzer gegenüber den Krankenkassen und kommt zu dem Schluss, daß die Ärzte sich in diesem Kampf auf Seiten der Klasse stellen müßten, damit diese durch Verringerung der Arzneikosten in den Stand gesetzt werden, mehr Aufwendungen für ihre Kranken in anderer Richtung machen zu können, was auch vom Standpunkt des Arztes aus zu ersehen sei. Allerdings sei den Ärzten wieder eine größere Arbeit dadurch aufgebürdet worden, und auch der Umstand, daß eine eingehendere Aussprache mit den gesamten Ärzten nicht möglich war, habe zu verschiedenen Unzutunlichkeiten Veranlassung gegeben; daraus dürfe die Central-Kommission jedoch kein Vorwurf gemacht werden, wie dies bereits gesehen ist, denn sie ist dafür eingetreten, daß die Ärzte von anderer Schreibearbeit entlastet werden, sie hat bei den Beratungen alle in Betracht kommenden Faktoren hingezogen und sei auch jetzt noch gerne bereit den Wünschen und Anregungen der Ärzte Rechnung zu tragen.

In der Diskussion, die äußerst lebhaft war und an der sich vorwiegend Ärzte beteiligten, wurde namentlich die von der Central-Kommission herausgegebene und von Ärzten zusammengestellte Anweisung zur parsonalen Arzneiverordnung, teils aus prinzipiellen Gründen, teils weil sie angeblich viele grobe Fehler enthält, heftig kritisiert. Herr Professor Scheinrat Liebreich wünschte, daß die Ärzte möglichst ökonomisch verordnen, daß ihnen aber die freie Verfügung hierüber belassen werde, um zu vermeiden, daß für Krankheitsfälle eine schlechtere Verordnungsweise Platz greift. Die Verbilligung der Medikamente sei notwendig, es müsse versucht werden, daß die Regierung eine niedrigere Arzneipreise einführt und die Apothekenbesitzer, damit auch diese keinen Nachteil erleiden, da sie die Apotheken doch teuer bezahlt haben, entsprechend entschädigt. Von einigen Ärzten wurde angeführt, daß der gegenwärtige Zustand sehr unangenehm sei auch für die Krankheitsmitglieder, die oftmals jetzt gezwungen wären einen weiteren Weg zu machen, oder außer der Apotheke auch noch die Droguenhandlung aufsuchen müßten und sonstigen Schwierigkeiten ausgesetzt seien.

Einige der Herren Ärzte benutzten die Gelegenheit, um ihre ungeteilte Feindschaft gegenüber den sogenannten Naturheilkundigen in sehr leidenschaftlicher Form zum Ausdruck zu bringen, und machten der Central-Kommission den Vorwurf, daß sie in den von ihr einberufenen Versammlungen (bei Luggendagen, Gieseler und in Charlottenburg) die Ausführungen der Vertreter der Naturheilmethode nicht verbündet habe. Die weitere Diskussion, die fast bis 1 1/2 Uhr dauerte, ließ zweifellos erkennen, daß ein Teil der Ärzte, wenn auch nicht direkt die Partei der Apotheker vertritt, so doch recht wenig Reue hat, die Klassen in ihrem berechtigten Kampfe zu unterstützen und ihr Verhalten mit allerlei Bedenken zu rechtfertigen sucht. Von verschiedenen Rednern wurde dies auch ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß es sonderbar dächte, daß nicht nur die Apotheker, sondern auch ein Teil derjenigen Ärzte, die sich sonst herzlich wenig um das Wohl und Befinden der Arbeiterschaft gekümmert haben, auf einmal so sehr darum besorgt sind, die Arbeiter vor den geringen Unannehmlichkeiten zu bewahren, die der Kampf mit sich bringt. Die Krankenkassen-Mitglieder, die den durch das Verhalten der Apotheker notwendigen Kampf mit Eifer und im wohlverstandenen Interesse aufgenommen haben, nehmen auch die kleinen Beschwerden gern in den Kauf, um den Arzneiwucher endlich mal einigermassen zu bekämpfen. — In dieser Versammlung waren 43 Ortsklassen, 30 freie Hilfsklassen, 10 Familienklassen, 8 Betriebsklassen und 7 Vorortklassen, insgesamt 98 Krankenkassen vertreten. Außerdem waren etwa 150 Ärzte anwesend.

Eine öffentliche Bäcker-Versammlung, die am Dienstagmorgens mittags in Brodnows Saal tagte, nahm den Bericht der Lohnkommission entgegen. Gehrigold, der den Bericht erstattete, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die vorjährige Lohnbewegung, wenn sie auch keine großen materiellen Erfolge für die Bäcker-Arbeiter gebracht habe, doch durch Aufhebung der im Gewerbe bestehenden Mißstände, namentlich durch die von der Lohnkommission herausgegebene Broschüre den Behörden Anlaß gegeben sei zum Erlass sanitärer Vorschriften für den Betrieb der Bäckereien. — Das von der Lohnkommission verwaltete Vermögen betrage 3800 M., wovon 3062 M. auf der Bank deponiert sind. — Dem Kassierer der Kommission wurde Decharge erteilt. — Hierauf referierte Schneider über die in Zukunft zu erwartende Agitationsfähigkeit. Er wies u. a. darauf hin, daß, wie die Verhältnisse zur Zeit liegen, die Gefahr der Befreiung des Normal-Arbeitsstags vorhanden sei. Wenn die von den Meistern schärflich erwartete Aufhebung der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit erfolge, dann würde trotz der verbesserten Betriebsbedingungen wieder 18 Stunden in den Bäckereien gearbeitet werden zum Schaden der Gesundheit der Bäcker-Arbeiter. Da von der Gesetzgebung und den Behörden nichts zu erwarten ist, so sei es um so mehr Sache der Kollegen, eine starke Organisation zu bilden, um die so dringend notwendige Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im Wege der Selbsthilfe durchzuführen. Vor allem gelte es, das Risiko- und Logisrisiko, diesen Arbeitsschaden im Bäckergewerbe, abzuklären und eine menschenwürdigen Zuständen entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden durchzuführen. An ein entscheidendes Vorgehen sei aber erst dann zu denken, wenn die Organisation die erforderliche Kraft erlangt habe. Weiter führte der Referent aus, daß die seitens der Meister auf dem Einigungsamt gegebene Zusage, an den drei hohen Festen je eine Nacht freizugeben, zu Weihnachten fast gar nicht, zu Ostern erst fast teilweise ausgeführt worden sei. Ebenso lasse auch die Durchführung der Einigungsbedingungen noch viel zu wünschen. Nach einer dem Referenten zustimmenden Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Die Versammlung erklärt, daß die Bäckereimengen bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um ihr auf dem Einigungsamt gegebenes Versprechen einzulösen. Die Versammelten halten nach wie vor an den Einigungsbedingungen fest und werden so lange die Forderungen und deren Fühler als wortbrüchig ansehen, bis sie den ethischen Willen zeigen, die vom Einigungsamt eingesetzte Kommission anzuerkennen.

Heinrichsdorf. Am Sonntagabend, den 11. d. M., referierte der Genosse Reichstags-Abgeordneter Jubel in einer gutbesuchten Volksversammlung über das Thema „Güter aus dem Reichstage“. Der Referent erlebte sich seiner Aufgabe in der trefflichsten Weise und sein wohlüberdachter, oftmals durch Beifall unterbrochener Vortrag wurde mit Begeisterung aufgenommen. Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zum Beitritt in den Wahlverein und Abonnement auf den „Vorwärts“ auf und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Mittwoch, den 22. Mai, Versammlung in Heersheid's Pöhlen, Alte Jakobstr. 75. Taidorf. Jeden Mittwoch bei Herrmann Koll und in Vorhauwalde jeden Donnerstag bei Aug. Westwall, Mittstr. 22. Distriktsabend vom Wahlverein Wismarsdorf und Umgegend.

Litterarisches.

Die Granankheiten des Kriegs in China. Unter diesem Titel hat das „Socialistische Agitationskomitee gegen den chinesischen Krieg“ in Frankreich sieben eine Reichweite herausgegeben, die bei Georg Bellais, Rue Rojao 17, Paris, erschienen ist. An der Hand von Dokumenten, die teils von Soldaten und Offizieren oder von anderen Augenzeugen herrühren, giebt der Verfasser, der Genosse Pierre Bertrand, ein exaktes und betriebliches Bild zugleich von den Thaten der verbündeten Truppen in China. Mit Frauen liebt man die einzelnen Kapitel über Plünderung, Verwüstung, Erschlatterien, Vergewaltigung von Frauen etc., die dort im fernen Osten im Namen der Zivilisation verübt worden sind.

In dem Vorwort sagt der Verfasser: „Diese Schrift soll eine Anklageschrift sein und nichts anderes. Ich werde an anderer Stelle die Ursachen dieser internationalen Kampagne darlegen, die geheimen Absichten und Kalkulationen, welche die europäische Diplomatie geleitet hat. Ferner werde ich zeigen, welche zweideutige Rolle die protestantischen und katholischen Missionare gespielt welche zeretzende Arbeit sie geleistet. Hier werde ich mich auf die Aufzählung von Thaten beschränken, über deren Beurteilung und Verteilung alle rechtlich denkenden einig sein werden.“ hp.

Schriften-Eingang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 33. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Vera Böhm. — Der russische Imperalismus und Deutschlands China-Abenteuer. Von M. Walter. — Zum französischen Einigungsstreik. Von Rosa Luxemburg. — Zur Konzentrationsbewegung in der amerikanischen Landwirtschaft. Von J. V. Franz. — Der Wonsche Niedereinkommensprophet. Von Heinrich Vogel. — Litterarisches Rundschau: J. Alberts Tadd, Neue Wege zur künftigen Erziehung der Jugend. — Notizen: Eine unermessliche Ernährung zum Heile Mitterand. — Heiligkeit: In der Schlacht. Von Anton Mäcker. Aus dem Russischen überfetzt von Eugenie Klorin. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 11 des 11. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Arbeiterinnen- und Fraueninteressen im Reichstag. — Von der Fabrikarbeit verheirateter Frauen in Barmen. — Von der Bewegung. — Heiligkeit: Eine wahre Weisheit. Wort für Wort wiederholt, wie ich sie gehört habe. Von Max Dwan. — Notizen: Von Uly Braun und Clara Jettin: Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gesundheits-schädliche Folgen industrieller Frauenarbeit. — Socialer Weltkampf. — Veränderte der Frauen. — Dienstbotenfrage. — Frauenbewegung. — Bemerkliches.

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die 11. Nummer seines 18. Jahrgangs erscheinen lassen. Während er in der vorigen Nummer inhaltlich darstellte, wie es beim Zweibund zu Hause aussieht, schildert er in dieser Nummer, wie es beim Dreibund zu Hause aussieht. Das Bild „Deutschland“ aus dieser Serie zeigt den Fuhrmann Böhm dem auch auf einem so trostlosen Gefährt, wie es wirklich dem jetzigen Zustande des „Reichsbundgenoss“ entspricht. Auf dem Bilde „Deutsch“ wird das Streben nach nationaler Einigung und auf dem Bilde „Italien“ die Ausprägung des armen Landes durch die herrschenden Gewalten der Welt dargestellt. Im Text wie auch in Bildern wird sodann die preussische Kanalarbeit behandelt, während zwei Gedichte, von denen eins Clara Müller verfaßt hat, dem Pfingstfest gewidmet sind. Des weitern heben wir noch die Bilder „Ein Kenner“, „Spieler“ und „Edward als Gelehrter“, sowie die Prosa-Erzählungen „Wojna der Adel nicht“ und „Schnee“ hervor. Im übrigen enthält die zwölf Seiten starke Nummer noch 10 jahrelange, teilweise politisch-litterarische Beiträge, die wir ihre Anschaffung unsern Lesern nur empfehlen können. Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig.

Im Verlag von J. G. D. Dieß Nachf. ist soeben erschienen Heft 23 bis 25 des unversehrten vollständigsten Verlagswerks: Gesundheits-schutz in Staat, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Warm. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Nahrungsmittel und ihre Zubereitung. — Die Gesundheitsmittel. — Normale Ernährung und Sporternährung. — Säuglinge, Kinder und Schuljugende. — Die erste Hilfe bei Unfällen. — Die Krankenpflege. — Die Wasserheilkunde. — Die Volkskrankheiten und Arbeiterkrankheiten. — Selbstheilung. — Sanftes heiliges Inhalationsverhältnis. Außerdem enthalten die Heft drei Tafeln, von denen die ersten beiden in schönen Farbendruck die eckbaren und giftigen Biß der Wespen und Mücken zeigen; die dritte Tafel veranschaulicht die „Ursache Mückenplage bei Unfällen“.

Preis des Werks komplett elegant gebunden 6,50 Mark. Auch in 25 Lieferungen a 20 Pfennig zu beziehen. (Einbanddecken apart bezogen kosten 1 Mark.)

Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. München. J. Schönböck's Verlag (Arthur Nebe). Nr. 4, 1901. — Die Tarifgrundzüge der neuen Eisenbahn-Verkehrsordnung vom 30. Oktober 1899, von Dr. G. Eger, Regierungsrat in Berlin. — Gold- und Silber-Verkehrsordnung im heutigen Bundesrecht Deutschlands, von Dr. H. Duncker in Frankfurt a. M. — Ueber die rechtliche Stellung der ärztlichen Ständevertretungen gegenüber den Landesregierungen, den Krankenkassen und den staatlichen Aufsichtsbehörden, von Dr. jur. D. Schanze in Dresden. — Zur Entwicklung des Strafs für die Verwaltung der landeslich deutschen Marine, von W. Thörn in Potsdam. — Rückblick.

Neuländische Socialismus. Von Dr. Alfred Koffig. Erster Band: Das System des Socialismus. I. Teil, 1901 Berlin, Bern. (Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften. Dr. John Edelsheim.)

Die gesellschaftliche Stellung der russischen Frau. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte und Frauenfrage. Von Nikolaus Reintsov. Berlin 1901. (Hermann Walther.)

Der Meinelidprophet in König. Eine kritische Untersuchung von \* \*. Berlin 1901. (Hermann Walther.)

Glauben und Wissen. Managt kritische Essays von Dr. Emil Fickler. Budaress. (Hamboldt-Verlag.)

Die Wunder entzogen! Der Heilglaube (the faith-healing) von Professor Dr. J. M. Charcot, Paris. Autorisierte Uebersetzung. (Hamboldt-Verlag.)

Volkschriften zur Umwälzung der Welt. Heft 22. Ja die Welt geschaffen oder zerstört? Von Thurn, Dresden. — 23. Ver-brennen oder beseitigen? Von O. Birk, Mannheim. — 24. Götter und seine Religion. Von Ludw. Kub, Nürnberg. — 25. Was hat die Kirche für Schule und Wissenschaft geleistet? — 26. Von der Erziehungsberechnung des Christentums. Von Carl G. Kappeler. — 27. Die Versuchung der Religion der Liebe. Von Jul. W. Berger, Wien. — 28. Gotteswort oder Menschenwort? Von Eugen Wolfsohn, Halle. — 29. Freikampf und Anarchie. Von Ferdinand Heigl, 2. Aufl. — Jedes Heft 20 Pf. (Hamboldt-Verlag.)

Die Unerschrockenen des Reichsgerichts etc. Herausgegeben von Otto Buchberger. Rauer Zeit; Arbeitervereinerklärung, Gelsen. Von J. Reidel. Ametle, gänzlich neu bearbeitete Auflage, Erscheinungsjahre von 1883-1900. (Emil Kott). Preis 10 M.

Welt- und Lebensanschauungen. Von den Allerten Zeiten bis zur Gegenwart. Auszug aus Beiträgen, gehalten vom Januar bis März 1901 in der Arbeiter-Bildungsschule zu Berlin von Dr. Rud. Steiner. Preis 25 Pf. Berlin 1901. (Im Selbstverlag der Arbeiter-Bildungsschule.)

Recht und Staat. Kulturhistorisch-Kritische Studien, enthaltend Rechts-wissenschaft, gerichtliche Medizin, Staats- und Socialwissenschaft. Kiel 1901. (E. Lohmeyer.)

Ein moderner Erklärer des Judentums. Vortrag, gehalten im Verein für jüdische Geschichte und Literatur zu Königsberg i. Pr. von Rosalie Perles. Königsberg i. Pr. 1901. (Östentische Buch.)



**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.  
**C. 7. 100.** Einzahl und Mehrzahl gleich.  
**N. 3 M. 3.** Da Sie in dem Termin nicht erschienen sind und Ihre schriftlichen Einwendungen nicht beachtet werden können, ist wahrscheinlich Berufungsgericht gegen Sie ergangen. Gefundigen Sie sich danach mündlich auf der Gerichtsschreiberei und legen Sie Einspruch gegen das Berufungsurteil ein. — **G. H., St. Alexanderstraße, 1. und 2.** Beides hängt von der Entscheidung der Strafvollstreckungsbehörde ab. **J. Rein.**

— **Rixdorf 100.** Sie könnten lediglich beantragen, mit Zustimmung der Mutter, daß sie dieser als Beistand beigegeben werden oder daß das Vormundschaftsgericht das Mädchen verwahre. — **C. Rein.**  
**D. 8. 23.** Der Strafantrag mußte innerhalb drei Monaten bei dem Gericht gestellt sein. Der Einreichung der Beleidigungsklage muß ein Termin bei dem Schiedsmann des Bezirks vorangehen, in dem der Beleidigte wohnt. — **G. J. 1.** 1. Ja. 2. Nach 6 Uhr abends zu kündigen ist in Ihrem Fall nicht ratsam, da eine spätere Kündigung Ihres Rechts als Chikane angesehen werden kann. — **N. 23.** 1. Rein, es sei denn, sie versichert sich selbst weiter. 2. Ja. — **H. Wendt, 8. 6.** Die Forberung ist noch nicht verjährt, die Schwester haftet aber

für dieselbe nicht, da sie damals minderjährig war. Sie kann es daher auf eine Klage antworten lassen. — **Pankow, Rein.**  
**H. 8.** Die Verordnung bezieht sich nur auf Gastwirte. — **N. 23. 1.** Nicht Sie, aber Ihre Ehefrau haftet, falls Sie über 21 Jahre alt ist, für den ihr angeschwungenen Frauenstich. Eine Verwarnung vor solchen Ausfällen ist wiederum kürzlich in der Nummer vom 7. Mai und im lokalen Teil vom 16. Mai enthalten. — **100 Witwenhandlung.** Das Dienstmädchen war, da die medienburgische Gesinde-Ordnung in Betracht kommt, zur Aufgabe ihres Dienstes berechtigt. — **B. 2. 100.** Leider sind alle 4 Fragen zu bejahen. Sie können aber erklären, daß Sie Ihre Tochter nicht am Konfirmanden-Unterricht teilnehmen lassen wollen. — **G. 5.** Sie irren.

**Herren-Schnürstiefel**



Jede Grösse  
in  
vielen Weiten

M. 8.50, 10.50, 12.50, 14.50,  
16.50, 18.50, 20.00, 21.00.

**Herren-Zugstiefel**



Jede Grösse  
in  
vielen Weiten

M. 6.50, 7.50, 8.50, 9.50, 10.50,  
11.50, 12.50, 14.50.

**Damen-Schnürstiefel**



Jede Grösse  
in  
vielen Weiten

M. 7.00, 9.00, 10.50, 12.50, 13.50,  
14.50, 15.00, 16.50.

**Damen-Knopfstiefel**



Jede Grösse  
in  
vielen Weiten

M. 7.00, 9.00, 10.50, 12.50, 13.50,  
14.50, 15.00, 16.50.

# Es ist für Viele schwer

aus der Fluth von Angeboten das Richtige herauszufinden. Wir empfehlen allen Denjenigen, die bis jetzt noch keinen Versuch mit Stiller's Schuhwaren gemacht haben, einmal seine Verkaufslokalitäten zu besichtigen. Durch eine ausserordentlich reichhaltige Auswahl ist die Firma Stiller in der Lage, jedem Einzelnen etwas für seine Zwecke Geeignetes vorzulegen. Jeder Stiefel, auch der billigste, ist dauerhaft gearbeitet und leistet die Firma Stiller für Passform und gutes Tragen weitgehendste Garantie; die Preisdifferenz ist lediglich in der Feinheit des Materials und der eleganteren Ausführung begründet.

## Damen- und Herren-Stiefel-Neuheiten

in schwarz und farbig

Lawn-Tennis-Schuhe  
sowie  
Schuhe für alle Sportzweige



Dauerhafte  
Knaben- und Mädchen-Stiefel  
braun und schwarz — in eleganten Ausführungen.

**!! REIZENDE KINDER-STIEFEL-NEUHEITEN !!**

# Stiller's Schuhwaarenhaus

Jerusalemmer Strasse 40 am Dönhoffplatz • Potsdamer Strasse 2 am Potsdamer Platz.

**Herren-Schnürschuhe**  
M. 5.00, 6.50, 7.50, 8.50, 10.50,  
12.50, 14.50, 16.00.

**Herren-Zugschuhe**  
M. 5.00, 6.50, 7.50, 8.50, 10.50,  
12.50, 14.50, 16.00.

**Damen-Schnürschuhe**  
M. 4.50, 5.50, 6.50, 7.50, 8.50,  
9.50, 10.50, 12.00.

**Damen-Knopfschuhe**  
M. 4.50, 5.50, 6.50, 7.50, 8.50,  
9.50, 10.50, 12.00.

**Knaben-Schnürstiefel**  
M. 5.00, 6.00, 7.50, 8.50, 9.50,  
10.50, 12.00, 13.00.

**Mädchen-Schnürstiefel**  
M. 4.00, 4.50, 5.00, 5.50, 6.00,  
6.50, 7.00 u. s. w.

**Mädchen-Knopfstiefel**  
M. 4.00, 4.50, 5.00, 5.50, 6.00,  
6.50, 7.00 u. s. w.

**Alle Arten Hausschuhe**

Pantoffeln  
Turnschuhe • Reiseschuhe  
Allerliebste Erstlingsschuhe.

**Jeder sein eigener Destillateur!**  
**Die Selbstbereitung von Cognac, Rum, Branntweinen und sämtlichen Liqueuren**  
**Rezept:** nach der Methode der Charentais. 1 Orig.-Fl. Reichels Echte Cognac-Essenz fine Champagne (Fleurs de Cognac) für 75 Pf. 1 Liter Weingeist 96 Proz. (Spirit. vini) für M. 1.40 und 1/4 Liter Wasser per 2 Liter Cognac schmack und vollem feinstem Bouquet des in Frankreich so hergestellten, sofort trinkfertigen Cognac, der nach ruhiger Lagerung an Güte, Feinheit und Milde noch bedeutend gewinnt und genau dieselben Bestandteile enthält wie echter Cognac.

**Kein Misslingen! Die Erfolge überraschen! Man prüfe selbst!**

**Original-Reichel-Essenzen.**

Destillate von höchster Vollkommenheit, rein und natürlich, zur sofortigen Herstellung von über 100 Sorten, wie:

Alfisch, Ingwer,	Halb und Halb,
Sonclamp, Stou-	Bommeranzen,
dorfer, Rosen,	Getreidebäume,
Vanille, Cacao,	Nordhäuser,
Benedictiner,	Cherry Brandy,
Charreuse,	Curaçao re. re. re.
Pepermint,	

von köstlichem Aroma und Geschmack, welche den besten Fabrikaten völlig gleichkommen und von den teuersten ausländischen Marken absolut nicht zu unterscheiden sind.

**Geringe Selbstkosten! Bedeutende Ersparnis!**  
 Jede Originalflasche mit Gebrauchsvorschrift giebt bis 2 1/2 Liter Liqueur und kostet je nach Sorte 40, 50, 60, 75 Pf. — Bei 6 Flaschen die 7te gratis!

**Einzig echt und garantiert nur mit dem Namenszuge des alleinigen Erfinders Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstrasse 4.**  
 Grösste Fabrik Deutschlands für kombinierte Original-Branntweine und Liqueur-Essenzen mit Dampfbetrieb.

Erhältlich in den meisten Droguengeschäften. Niederlagen durch meine Plakate kenntlich. Wo keine Niederlagen frei Haus durch meine Gespanne. Versand nach auswärts gegen Voreinsendung oder Nachnahme.

**Warnung vor Fälschung und Nachahmungen.**  
 Man achte genau auf meine Firma und nehme nur **Echte Original-Reichel-Essenzen.** Jeder verlange kostenfrei: „Die Geheimnisse der Liqueurfabrikation.“ Taufende glänzende Anerkennungen. — Ehrenvolle Gutachten von Kennern.

**Central-Haus für Herren- u. Knaben-Garderoben**  
**Charlottenburg, 45 Wilmsdorferstr. 45.**  
 Auf Wunsch Teilzahlung.

**Bis Pfingsten täglicher Verkauf!!**

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark,  
 Vorjährige Herren-Beinkleider 9-12 Mk.

**Versandhaus Germania, Linden 21.**

**Roh-Tabak**  
 Groß- und Detailverkauf.  
**Rud. Völcker & Sohn, Köpenickerstr. 45.** 15890\*

**Hermann Bendit**  
 Vinetaplatz 2 Vinetaplatz 2  
 Ecke Swinemünderstrasse [15940\*]  
 Grosses Lager selbstkonfektionierter  
**Herren- u. Knaben-Moden**  
 Elegante Façons. Gute Verarbeitung.  
 Bedeutendes Stofflager zur Anfertigung nach Mass.  
 Grosse Auswahl. Streng feste Preise.  
 Meine 4 Schaufenster bitte ich gef. zu beachten.

**Teilzahlung monatlich 10 M. tiefer elegante Herren-Garderobe**  
 nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorrätig.  
**Tomprowski, Neanderstr. 16. II.**  
**50 Pf.**  
 werden bezahlt für eine Jahre Gebe oder seinen Schnitt in Treppe, Stiefelstraße am neuen Schulgebäude.

**Steppdecken**  
 kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik  
**B. Strohmangel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,**  
 wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 12270\*

Abteilung Fruchtsaftpresserei und Obst- u. Beerenwein-Kelterei

**Himbeersaft**  
 anerkannt vorzüglich a Liter M. 1.40.  
 Feinst Kirsch- u. Johannisbeersaft a Liter M. 1.60.  
 Feinst Erdbeersaft a Liter 2.10. Citronenlim.-Saft a Liter M. 1.30.  
 Med. Citronensaft zur Kur a Flasche M. 1.- 2.- 3.-

**Pa. Export-Aepfelwein**  
 garantiert rein  
 a Flasche 0.40 Pf. exkl. 50 Flaschen M. 15.- exkl. Johannisbeerwein weiss und rot, Heidelbeerwein a Flasche M. 0.75 exkl. 50 Flaschen M. 27.50 exkl. Brombeerwein a Flasche M. 1.-

**Frischer Maitrank**  
 ausgezeichnet im Geschmack  
 a Flasche M. 0.60 exkl. 10 Flaschen M. 5.50 exkl.

**Pomril (alkoholfreier Aepfelsaft)**  
 bestes erfrischendes Getränk 1/2 Liter M. 0.50 inkl. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

**Ungarwein**  
 Original-Abzug von Franz A. Jálies & Co. in Budapest.  
 Med. 1/2 Ausbruch a Liter M. 2.10, 10 Ltr. M. 17.50 exkl.  
**Ruster Ausbruch** a Liter M. 4.-, 1/2 Liter M. 2.-

**Eugen Neumann & Co.** Amt IV. 9576.  
 Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Genthinerstr. 29. Oranienstr. 190. Grüner Weg 60. Elsasserstr. 71. Putbusstr. 35. Schöneberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. Wilsnackerstr. 25. Stglitz, Albrechtstr. 18.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber feierliche Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 22. Mai.  
**Opernhaus.** Der fliegende Holländer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Macbeth. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Die Schloffen.  
**Schiller.** Der Kaufmann von Venedig. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Selling.** Blüchmann als Erzieher. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Die beiden Vronoren. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichens.** Der seltsame Toupinel. Vorher: Terentia. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Schauspiel des Schiller'schen Bauern-Theaters. Der Amerikaner. Anfang 8 Uhr.  
**Westen.** Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rezeptionsbühne.** Bunter Theater: Ueberdrett. Anf. 8 Uhr.  
**Thalia.** Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Die Geisha. Anfang 8 Uhr.  
**Eniten.** Ein toller Einsfall. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Mit Selbst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss.** Der Bräutigam vom Himmel. Anfang 8 Uhr.  
**Welle.** Alliance. Internationaler Geisha-Abend. — Die Schwärbin.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage.** Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Passage-Theater.** Damen-Ringspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Im Theaterhaus) Abends 8 Uhr: Zu kleinen Preisen: Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg.  
**Zu kleinen Preisen: Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg.**  
**Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.**  
**Friedrich-Strasse 165. Castans Panoptikum.** Entree 50 Pf. Kinder die Hälfte.  
**Metropol-Theater.** W. Behrenstraße 65/67. Das anerkannt beste Mai-Specialit.-Programm. 16 Nummern. Anfang 8 Uhr. Hausen überall gestattet.  
**Deutsche Konzerthallen.** An der Spandauer Brücke 3. Der grosse schattige Sommergarten ist eröffnet.  
**Täglich: Internationale Künstler-Konzerte.** 4 ausländische Kapellen. Die Boeren. In 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème“ (Künstler-Variété). Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.  
**Schiller-Theater.** (Wallner-Theater). — Mittwochabend 8 Uhr: — Schauspiel Ferdinand Bonn.  
**Der Kaufmann von Venedig.** Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare. Donnerstagabend 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege. — Freitagabend 8 Uhr: — Freiwild.  
**Central-Theater.** Heute Anfang 8 Uhr. Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 642. Male:  
**Die Geisha.** Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. Morgen und folgende Tage: Die Geisha. — Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weiss-Theater.** Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Der Bräutigam vom Himmel.** Anfang 8 Uhr.  
**Sonabend zum erstenmal: Pension Schöller.** Hoffe in 3 Akten von Karl Laus.  
**Sonntag, den 26. Mai: Vollständige Eröffnung der Sommer-Saison.** Im renovierten Sommer-Garten: Auftritte von Spezialitäten I. Ranges. Theater und Konzert.  
**Thalia-Theater.** Ensemble: Schauspiel des Central-Theaters:  
**Die schöne Helena.** Helena: Fr. Marie Ottmann vom Theater an der Wien a. G. Paris: Herr Rumpfad. Anfang 8 Uhr.  
**Morgen: Dieselbe Vorstellung.**  
**Apollo-Theater.** Täglich um 9 1/2 Uhr:  
**Frau Luna** mit dem berühmten Luftballett **Grigolatis.** Ferner:  
**10 hervorragende Specialit.** Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
**Schweizergarten.** Am Königsthor. Am Friedrichshain. An den 3 Feiertagen:  
**Extra-Vorstellung der 27 neuen Specialitäten-Nummern.** Am 1. und 2. Feiertag:  
**Früh-Konzert und Volksbelustigungen und Ball.** Anfang 4 1/2 Uhr. Von Pfingsten ab: Täglich Vorstellung.

**URANIA** \* \* \*  
 Taubenstr. 48/49.  
 Im Theater  
 Mittwochabend 8 Uhr:  
 zu kleinen Preisen:  
 Malerische Wanderungen  
 durch die Mark Branden-  
 burg.  
 Invalidenstr. 57/62.  
 Tägl. Sternwarte.  
 Friedrich-  
 Strasse  
 165  
 \* Castans Panoptikum \*  
 Entree  
 50 Pf.  
 Kinder die Hälfte.

**Zoologischer Garten**  
 Täglich nachmittags 4 Uhr:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
 Entree 1 Mark  
 von abends 7 Uhr ab 50 Pf.  
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
 In der „Völker-Arena“, gegen-  
 über dem Elefantenhause:  
**Beduinen-Karawane**  
 Männer, Frauen, Kinder, mit  
 Pferden, Dromedaren, Eseln etc.  
 Schaustellungen, Wochentags: 1/4, 5, 1/2, 7 Uhr nachm. Sonntags: 12 Uhr  
 von 4 Uhr ab stündlich.  
 Entree  
 direkt v. d. Strasse beim  
 Bahnhof 50 Pf. Kinder  
 25 Pf. Gartenbesucher zahlen  
 25 Pf., Kinder 15 Pf.

**W. Noacks Theater.**  
 Brunnensstraße 16.  
 Eröffnung der Sommer-Saison am  
 26. Mai (1. Pfingstfeiertag):  
 Täglich Konzert, Theater u.  
 Specialitäten-Vorstellung.  
**Sanssouci**  
 Im Garten:  
 Jeden Sonntag, Montag  
 und Donnerstag:  
 — Hoffmanns —  
 Nordd. Sänger.  
 Nach jeder Soire:  
**Tanzkränzchen**  
 Entree, auch Sonntags,  
 30 Pf., referierter Platz  
 50 Pf.  
 Als Pfingsten täglich Soireen im  
 Garten resp. Saal. Wochentags  
 Vereinsbillets gültig und Tanz frei.

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
 für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
 Mittwoch, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 in Habels Brauerei, Bergmannstraße Nr. 5/7.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 2. Vortrag des Stadtverordneten  
 Bruns. 3. Diskussion. 238/6\*  
 Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

**Socialdemokratisch. Wahlverein für Charlottenburg.**  
 Donnerstag, den 23. Mai 1901, abends 8 1/2 Uhr:  
**Ausserordentl. General-Versammlung**  
 im Lokal von Bauer, Berlinerstr. 86a.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Paul Göhre über: „Erziehungsfragen.“  
 2. Diskussion. 3. Wahl von 3 Delegierten zur Generalversammlung des  
 Central-Wahlvereins. 4. Anträge. 5. Vereinsangelegenheiten.  
 250/7 Der Vorstand.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
 Mittwoch, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 im Lokale des Herrn Jähle, Dammstr. 13.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Fräulein Hannah Jule über: „Die Bedeutung der  
 Konsumgenossenschaften für die Gewerkschaften.“  
 2. Diskussion.  
 3. Neuwahlen zur Bezirksleitung.  
 4. Berichtsangelegenheiten.  
 Donnerstag, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerk-  
 schaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
 Am Donnerstag, den 23. Mai, ist die Bibliothek nur bis  
 abends 8 Uhr geöffnet.

**Achtung, Schraubendreher!**  
 Die ausgebildeten arbeitstüchtigen Schraubendreher werden ersucht, am  
 Sonnabend, den 25. Mai, nachmittags 5 Uhr, pünktlich bei Wegel,  
 Brangefür. 136, zu erscheinen.  
 Mitgliedsbuch ist mitzubringen.  
 Sonnabend, den 25., und Dienstag, den 28. Mai, ist das Bureau  
 nur vormittags geöffnet. Der Arbeitsschein bleibt an diesen Tagen  
 geschlossen. 116/7  
 Die Ortsverwaltung.

**Steindrucker u. Berufsgenossen**  
 (Berlin I).  
 Am Mittwoch, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal  
 des Herrn Bude, Grenadierstraße 33:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Geschäftliches. 2. Vortrag über: „Die französische Revolution“.  
 Referent Herr Dr. R. Steiner. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.  
 Einen zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet  
 Die Verwaltung. 96/1

**Achtung, Kürschner!**  
 Donnerstag, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten,  
 Alexanderstraße 27 c:  
**Große öffentliche Versammlung**  
 aller in der  
 Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Stadtr. H. Hoffmann über: „Die Notwendigkeit  
 der Gewerkschaftsorganisation im wirtschaftlichen Kampfe.“ 99/10  
 2. Diskussion.  
 3. Situation Überblick über die Auslieferung der Arbeiter und Arbeiterinnen  
 der Firma G. A. Hoffmann. Zahlreichen Besuch erwartet  
 Der Vertrauensmann.

**Charlottenburg-Westend.**  
 1. u. 2. Pfingstfeiertag:  
**Früh-Konzert**  
 unter Mitwirkung  
 der Charlottenburger Gesangvereine, Mitglieder des A.S.B.  
 1., 2. u. 3. Feiertag, nachmittags:  
**Frei-Konzert.**  
 Bei einsetzender Dunkelheit feenhaft bengal. Beleuchtung u. Schlichtmaut.  
 Kaffeeküche. Regeldarben. Volkstänzeleistungen.  
 16509/2\* K. Hoffmann.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
 Hasenheide 13-15. (16492\*)  
 Künstliche Leitung: Paul Milbitz.  
**Eröffnung am 24. Mai.**  
 Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.**  
 Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten  
 Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
 2 hochlegante Regeldarben, Wärselbuben, Komitoren, Blumenband etc.  
 Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:  
**Familien-Kränzchen.**  
 Am 1. und 2. Pfingstfeiertag, früh 5 Uhr:  
**Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.**

**Stroh-Hüte**  
 von 90 Pf. an.  
 Größere Auswahl u. billigere Preise wie in Warenhäusern und Bazaren bei  
**M. Radtke, Frankstraße 50.**  
 Kein Laden, Eingang vom Flur. (15602\*)

**Metropol-Theater**  
 W. Behrenstraße 65/67.  
 Das anerkannt beste  
 Mai-Specialit.-Programm.  
 16 Nummern.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Hausen überall gestattet.

**Rad-Rennbahn**  
 „Kurfürsten-Damm“  
 Mittwoch, den 22. Mai,  
 abends 8 Uhr abends 8 Uhr  
 Schlusss der Vorkämpfe.  
 Heute ringen:  
 1. Sauerer — Schibillaki.  
 2. Petroff — Omer de Bouillon.  
 3. Weber — Lässig.  
 4. Hall Adall — Gérardys.  
 5. Clément le Terrasser — Lange.  
 6. Pons — Fériolo.  
 7. Röpneck — Ralceovich.  
 8. Pohl — Winzer.  
 Morg. Donnerstag, abds. 8 Uhr:  
 Beginn der Zwischenkämpfe.  
 Preise der Plätze: Loge 5 M.,  
 Innenraum-Tribüne 3 M., Innen-  
 raum 3 M., Tribüne 2,50 M.,  
 Sattelplatz 2 M., IL Platz 1 M.

**Reichshallen**  
 Stettiner Sänger.  
 Eine Hochzeit in  
 de Räderstraße.  
 Anfang:  
 Wochentags 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.  
 ! Teppiche!  
 sicheren Deuten auf Teilzahlung.  
 H. L. Böttcher & Co.  
 1647/1 Gr. Frankfurterstr. 92.

**Wo amüsiert man sich grossartig?**  
 in **Schnegelsbergs Festsälen,**  
 Hasenheide 21 und Jahnstraße 8.  
**Heute: Grosser Ball und Thaler-Regen**  
 verbunden mit Cigarren, Apfelkuchen-Regen und  
 diversen Ueberraschungen. 14812\*  
 Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.  
 Empfehlung meine Zäle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne),  
 den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. zu Versammlungen  
 und Feiern jeder Art.  
**Max Schindler.**

**Hermann Meyer & Co.**  
 Fruchtstraße 74.  
 Liqueurfabrik, Weingrosshandlung, Fruchtsaftpresserei,  
 Mineralwasser- und Schaumwein-Fabrik.  
**Sommer-Getränke:**  
 Selters, große Flasche . . . . . 5 Pf.  
 Sauerstoffwasser, ärztlich empfohlen . . . . . 10 Pf.  
 Branjelimonaden (Himbeer, Zitronen etc.) . . . . . 10 Pf.  
 Maitraut, 1/4 Gl. . . . . 40 Pf.  
 Schäumender Maitraut, 1/2 Gl. . . . . 25 Pf.  
 Schäumende Liebe, 1/4 Gl. . . . . 25 Pf.  
 Gesundheits-Apfelwein, 1/4 Gl. . . . . 25 und 30 Pf.  
 Johannisbeer-, Stachelbeer-, Heidelbeerwein, 1/4 Gl. . . . . 65 Pf.  
 Brombeerwein, 1/4 Gl. . . . . 75 Pf.  
**Fruchtsäfte**  
 in feinsten Raffinade eingekocht.  
 I. Qualität:  
 Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-, Erdbeer-,  
 Zitronensaft, 1/4 Literfl. 1,30 M.  
 II. Qualität:  
 Geeignet als Zusatz zum Weissbier, 1/4 Literfl. 90 Pf.  
 Moselweine von 45 Pf. Rheinweine von 60 Pf. ab.  
 Rotweine von 50 Pf. ab.  
 (Nied. erstl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird.)  
 Dieberrverkäufer erhalten bei größeren Abnahmen Rabatt. 15529\*  
 — Versand nach auswärts unter Nachnahme. —  
 In Berlin und Vororten von 1,50 M. ab frei Haus.  
 Zu gleichen Preisen sind alle Waren in unsren  
 250 Niederlagen in Berlin und den Vororten  
 erhältlich.







**Berliner Partei-Angelegenheiten.**

**Zur Lokalliste.** Wir machen von neuem darauf aufmerksam, daß alle Zusendungen, welche die Lokalliste betreffen, ausschließlich an Carl Scholz, Brangelstr. 110, parterre, zu adressieren sind. Zuschriften, welche in Lokalanangelegenheiten direkt der Redaktion zugehen, werden wir zur weiteren Verfügung ausnahmslos dem Genossen Scholz zu.

**Zweiter Wahlkreis.** Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstraße 57, Generalversammlung des Wahlvereins. Neuwahl des Gesamtvorstands. Vortrag des Stadtverordneten Bruns.

**Schöneberg.** Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet in Obis Festalen, Meiningenstr. 8, eine öffentliche Versammlung statt, in der Dr. A. Friedberg über den Streit der Apothekenbesitzer mit den Krankenkassen referieren wird. Siehe Inserat in der Dienstagsnummer. Der Vorstand.

**Die Parteigenossen von Reinickendorf, Schönholz und Wilhelmshagen** werden gebeten, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung am Donnerstag, den 23. d. M. im Diskussionsabend zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

**Lokales.**

**Die Berliner Feuerwehr**

feiert jetzt das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens. Eigentlich kommt das Fest ein bißchen spät, da die Reorganisation des städtischen Brandlöschwesens am 27. Januar 1851 ins Leben trat. Man kann nicht sagen, daß es freudige Erinnerungen sind, die im kommunalen Leben der Landeshauptstadt bei dieser Feier geweckt werden; vielmehr ist die Feuerwehr das bleibende Denkmal einer trübseligen Unfähigkeit der damaligen Bürgerschaft, aus eigenem Antrieb dem Gemeinwesen Entschuldigendes zu schaffen. Die Feuerwehr wurde 1850 geschaffen gegen den Willen von Magistrat und Stadtverordneten, ja, sie ist der Bürgerschaft geradezu aufgezwungen worden als Werk eines polizeilichen Gewaltakts. Nicht als ob die Reorganisation unnötig gewesen wäre. Im Gegenteil. Die Berliner Feuerwehr war bis dahin ein Wild des Spottes gewesen und genügte in keiner Weise den beschwerlichsten Anforderungen. Aber die damalige streng konervative Hausbesitzers-Ligue in Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung war die Repräsentation des gebornen Wahlbürgerturns und schenkte vor jeder auch noch so notwendigen Erneuerung zurück. Jahrelange Verhandlungen zwischen den städtischen und staatlichen Behörden waren völlig fruchtlos gewesen, obgleich die Regierung der Stadtverwaltung ziemlich liberale Bedingungen zugestehen wollte. Es war dem Magistrat anheimgegeben worden, die Leitung der Feuerwehr selbständig zu übernehmen, der Polizeipräsident befehlt sich nur das Recht der Oberleitung in dem Maße vor, daß er selber auf der Brandstätte erscheine. Als Herr v. Hünfeldt endlich sah, daß durch Verhandlungen nicht zum Ziele zu kommen sei, machte er kurzen Prozeß. Er teilte am 16. August 1850 kategorisch dem Magistrat mit, daß er auf eigene Faust ohne Hinzuziehung der Stadt eine neue Feuerwehr schaffen werde und ging darauf sofort an die Arbeit. Am 27. Januar 1851 konnte die militärisch organisierte Feuerwehr, die vom Branddirektor Seebald befehligt wurde, ins Leben treten; sie bestand aus 6 Offizieren, 40 Oberfeuerwehrmännern, 170 Feuerwehrmännern und 380 Spritzenwehrmännern. Die neue Feuerwehr wußte sich bald hohes Ansehen zu verschaffen; der entsetzliche Brand, der fast jede Feuerstrasse begleitete, das Feuerleuten der Nachtwächter, hörte auf, und doch war die Wehr bei jedem Brande in kurzer Zeit am Platz. Trefflich wird der Eindruck der Erneuerung durch ein Doppelbild aus damaliger Zeit illustriert. Während die eine Zeichnung die alte Feuerwehr darstellt, ein völlig niedergedrücktes Haus zeigt, vor welchem sich die Führer zweier Spritzen wegen der häßlich lagbahren, stellt die andere einen Bürger dar, der ganz erschrocken in seinem Zimmer aufwacht, als er einen neuen Feuerwehrcorps vor sich sieht. Dieser ruft dem Bewohner zu, sich nicht aufzuregen und ruhig weiter zu schlafen, sein Bett habe nur ein bißchen gebrannt, das Feuer sei aber bereits gelöscht.

Für die Berliner Kommunalverwaltung kam das die Ende bald nach. Sie, die sich nicht dazu bequem mochte, eine unter ihrer Aufsicht stehende Feuerwehr zeitgemäßer Art einzurichten, erhielt jetzt alle Kosten der polizeilich geordneten Erneuerung aufgebürdet, ohne daß ihr auf Kommando, Organisation und Anstellung der Mannschaften irgend welcher Einfluß gelassen wurde.

So ist es beinahe noch heute. Die Betrachtung drängt zu der Frage, ob und inwieweit der Geist der Bürgerschaft seit damaliger Zeit eine Änderung erfahren hat. Es wäre ungerade, den gewaltigen Fortschritt verkennen zu wollen, der in fünfzig Jahren auf allen Gebieten des kommunalen Lebens gemacht worden ist. Aber ebenso fest steht, daß die nachgeborene Klasse in der Kommunalverwaltung noch sehr viel von dem beschränkten Wesen damaligen Philistertums in sich tragen; man braucht nur an den Widerwillen zu denken, mit dem die jetzt liberale Herrschaft an soziale Reformen herangeht. Und bei dem bisherigen, was geschaffen wurde, war die Sozialdemokratie die treibende Kraft.

**Ueber die Sterbefälle von Haltetindern in Berlin**

veröffentlicht das Berliner Statistische Amt eine Zusammenstellung, deren Angaben sich auf das Jahr 1899 beziehen. (Zur Vergleichung teilen wir in Klammern auch die Zahlen von 1898 mit.) Im Jahre 1899 (bzw. 1898) starben in Berlin 1476 (1203) Haltetinder des 1. bis 10. Lebensjahres. Darunter waren 163 (171) eheliche und 1313 (1032) uneheliche. Die meisten dieser Kinder, nämlich 1268 (1035), hatten noch nicht das 1. Lebensjahr vollendet, von den ehelichen 116 (117), von den unehelichen 1152 (918). Die Zahlen weisen für die unehelichen Kinder eine auffällige Mehrung der Sterbefälle auf. Um diese Erscheinung richtig beurteilen zu können, müßte man allerdings wissen, wie viel Haltetinder, eheliche und uneheliche, in den beiden Jahren überhaupt in Berlin vorhanden waren. Es wäre immerhin möglich, daß im Jahre 1899 die Zahl der unehelichen Haltetinder in Berlin überhaupt zugenommen hätte. Sehr wahrscheinlich ist das indes nicht, wenigstens nicht für die Kinder des 1. Lebensjahres; denn die unehelichen Geburten haben sich gerade 1899 in Berlin beträchtlich verringert (auf 7404 Lebendgeborene, gegenüber 7715 Lebendgeborenen im Jahre 1898). Auch die Frage, um wie viel die Sterblichkeit der Haltetinder, der ehelichen und der unehelichen, über die der anderen Kinder des gleichen Lebensalters hinausgeht, läßt sich aus den oben mitgeteilten Zahlen natürlich nicht beantworten. Daß sie aber sehr bedeutend darüber hinausgeht, das ist für frühere Jahre mehrfach festgestellt worden.

Eine besondere Beachtung verdient der Beitrag (wenn man so sagen darf), den das Waisenhaus der Stadt Berlin zu den Sterbefällen der Haltetinder geliefert hat. Von den 1899 (bzw. 1898) gestorbenen Haltetindern kamen 355 (177) auf das Waisenhaus, 50 (35) eheliche und 305 (142) uneheliche. Im 1. Lebensjahre standen 344 (168) dieser Kinder, 44 (29) eheliche, 300 (139) uneheliche. (Für 1899 wird mitgeteilt, daß sich von den für das Waisenhaus zu buchenden Sterbefällen 13 in der Charité ereigneten, davon kamen auf die ehelichen Kinder 2, auf die unehelichen 11, auf das erste Lebensjahr 10, die sämtlich uneheliche Kinder betrafen. (Für 1898 fehlen entsprechende Angaben.) Im Jahre 1899 war das Waisenhaus an den Sterbefällen von Haltetindern mit einer doppelt so großen Zahl beteiligt wie im Jahre vorher. Bei den Kindern des ersten Lebensjahres war

die Erhöhung des auf das Waisenhaus fallenden Anteils noch größer, besonders bei den unehelichen. Scheidet man den Anteil des Waisenhauses aus den Gesamtzahlen aus, so zeigt sich, daß die im Jahre 1899 eingetretene Mehrung der Sterbefälle von Haltetindern zum größten Teil auf das Waisenhaus zurückzuführen ist. Für das Waisenhaus beträgt die Zunahme 178 Fälle (von 177 auf 355, also volle 100 Proz.), für die nicht zum Waisenhaus gehörigen Haltetinder nur 95 Fälle (von 1026 auf 1121, also nur 9 1/4 Proz.). Speziell für die Haltetinder des 1. Lebensjahres hatte das Waisenhaus eine Vermehrung der Sterbefälle um 176 (von 168 auf 344, also um 104 1/4 Proz.), während außerhalb des Waisenhauses das Mehr nur 57 Fälle (von 867 auf 924, also 6 1/2 Proz.) betrug. Bei den Haltetindern ehelicher Geburt muß die Zunahme der Sterbefälle ganz allein dem Waisenhaus auf Konto gesetzt werden; denn bei Ausschließung des Waisenhausanteils ergibt sich für die übrigen ehelichen Haltetinder sogar eine Verminderung der Sterbefälle. Daß die Kindersterblichkeit in der Berliner städtischen Waisenpflege erschreckend hoch ist, das war ja seit langem bekannt. Die vorstehend mitgeteilten Zahlen sind aber so merkwürdig, und der Unterschied zwischen 1898 und 1899 ist so groß, daß man doch eine nähere Erklärung wünschen muß. Vielleicht äußert sich die städtische Waisenverwaltung dazu.

**Das Feuerwehr-Jubiläum** wurde gestern unter Ordensverteilungen, Reden etc. in der angemessenen Weise vollzogen. Der Kaiser, der nicht anwesend war, ließ durch den Minister v. Hammerstein eine Kabinettsorder verlesen, in der er mitteilte, daß die Kaiserin die Protektion über die Feuerwehr übernommen habe. Ferner hat der Kaiser folgende Kabinettsorder an den Minister des Innern gerichtet: „Ich habe der Feuerwehr zu Berlin zur dauernden Erinnerung an das 50jährige Jubiläum derselben in Anerkennung der von ihr geleisteten treuen Dienste die Auszeichnung verliehen, daß auf den Ärmeln der Uniformen und Epuletten für Offiziere und Mannschaften mein Namenszug unter der königlichen Krone nach den anbei zurückschickenden Mustern angebracht wird. Sie haben hiernach das weitere zu veranlassen.“

Der Branddirektor Giersberg erhielt den Kronen-Orden III. Kl., eine Anzahl Feuerwehrleute das Allgemeine Ehrenzeichen. Diese Ehrungen idealer Natur verdienen die Feuerwehr-Mannschaften gewiß mit dem Erlaß, in dem Branddirektor Giersberg im September vorigen Jahres das Vorhandensein einer Lebensmittel-Zehrung und ferner die Notwendigkeit einer Gehaltsaufbesserung für die Mannschaften bestritt. „Es liegt gar keine Veranlassung vor“, heißt es in diesem Abteilungsbescheid, „die niederen Gehaltsklassen aufzubessern.“ Und ferner verordnete Herr Giersberg damals: Vor allem nehme ich hier von neuem Anlaß, die Mannschaften darauf hinzuweisen, daß sich die Abteilung durch Prehnstutzen zu keinerlei Schritten drängen läßt, und ungerechtfertigte Forderungen, welche durch die Presse laut werden, vielmehr dazu geeignet sind, mehr hindernd als fördernd zu wirken.

**Neue Erholungsstätten für Lungenkranke.** Das Heim für lungenkranke Männer, welches im vorigen Jahre das Rote Kreuz in der Jungfernhöhe errichtet hat, ist gestern wieder eröffnet worden.

**Das Disziplinarverfahren gegen Justizrat Sello,** dessen Einleitung aus Anlaß des Sternberg-Prozesses Herr Sello beantragt hatte, ist, wie ein hiesiges Blatt mitteilt, eingestellt worden.

**Die feierliche Eröffnung der Internationalen Ausstellung** für Feuerlöschung und Feuer-Rettungswesen Berlin 1901 findet, wie jetzt endgültig festgestellt worden ist, Samstag, den 25. d. Mts., um 11 Uhr vormittags, statt.

**Zu dem Morde bei Bernau** wird uns noch mitgeteilt: Am Montagmorgen traf an der Nordstraße die Gerichts-Kommission aus Oberwalde ein. Sie stellte fest, daß der Ermordete erschossen worden ist. Der Mörder ist neben seinem Opfer hergegangen und hat aus nächster Nähe den Schuß abgegeben. Hieraus, so folgerte die Gerichts-Kommission, wäre der Unschuldige zusammengebrochen, und jetzt seinen der oder die Mörder über ihn hergestürzt, um ihm den Kopf vom Rumpfe zu trennen. Diese Arbeit scheint mit einem ziemlich stumpfen Beil ausgeführt zu sein, denn der Kopf ist förmlich vom Rumpfe herabgelabelt worden, und es bedurfte dazu etwa fünfzehn Versuche. Das Trennen des Kopfes vom Rumpfe und das Aufenthalten der Leiche ist wohl deshalb geschehen, um eine Entdeckung bei einem etwaigen Funde unmöglich zu machen. Der oder die Täter haben den Kopf in ein etwa fünfzig Schritte vom Leichnam entferntes Roggenfeld geschleudert und wohl nicht geglaubt, daß er dort aufgefunden werden würde. Wer der Tote ist, weiß man noch nicht. Es ist ein etwa vierzigjähriger Mann, welcher der Arbeiterklasse angehören dürfte. Er trägt einen rotblonden Schürbrat, dessen Enden nach dem Kinn zu herabhängen, das Kopfhaut ist rötlich-blond und kurz geflochten. In den Feldern, etwa 150 Schritte von der Leiche, fand man die Bekleidung des Ermordeten, welche aus einem grauen Jackett mit dem Stempel „Langensfelde“ und aus einer abgetragenen braunen Hose, auf deren Futter die Marke „Hofmannswald“ aufgenäht war, bestand. In der Hofe stand ein Zehnpfennigstück, ebenso wurde eine kleine Kneifzange gefunden. Ferner ermittelte man auf einem andren Felde hohe Nöhrentücher, wie sie Arbeiter zu tragen pflegen, eine blaupunktierte Krawatte sowie einen ziemlich schmutzigen weißen Hemdenknopf. Ob diese Bekleidungsstücke jedoch dem Toten gehört haben, ist noch nicht festgestellt. Möglicherweise hat einer der Mörder die Bekleidung des von ihm Erschlagenen angezogen und dafür die seinige hingeworfen. Daß übrigens dem Morde ein Kampf zwischen den Tätern und ihrem Opfer vorausgegangen ist, geht daraus hervor, daß sich bei der Leiche Abschürfungen an der rechten Hand vorfinden, als wenn der Ueberlebende in der Abwehr in die Schmelde des herabsinkenden Weils eingegriffen habe. Vielleicht trägt übrigens eine Latowierung, die an dem linken Arm der Leiche vorgefunden wurde, dazu bei, um die Personalien zu ermitteln. Diese Latowierung zeigt zwei gekreuzte Schlüssel, darüber die Buchstaben R. C., darunter die Jahreszahl 1884. Das Verbrechen an ihm ist etwa 15 Minuten von Ladeburg, an dem sogenannten Rindpfehl, einem kleinen, hülfswahnen Gewässer, ausgeführt worden. Zur Feststellung der Persönlichkeit dienen vielleicht noch folgende, uns von anderer Seite mitgeteilte Anhaltspunkte. Bei der Leiche fand man einen kleinen Portemonnaieklammer mit rotem Anschlag. Dieser enthält auf einer Innenseite den mit schwarzer Tinte geschriebenen Namen Kneifel. Die Anzeigzettel, die an der Nordstraße gefunden wurde, zeigt die Stempel: „Garantiert Gußstahl“ und auf der andren Seite: „P. Kneifel“. Vielleicht ist das der Name eines Geschäftsmanns in der Gegend, der über den Käufer Auskunft geben könnte. Die Leichenöffnung des Ermordeten findet am Donnerstag statt.

**Ein Zusammenstoß im Betriebe der Straßenbahn** ereignete sich gestern abend gegen 7 Uhr am Brandenburger Thor. Ein elektrischer Motorwagen der Linie Charlottenburg-Alexanderplatz, Nr. 304 fuhr mit solcher Gewalt auf einen mit einem Pferde bespannten Sommerwagen der Linie Savigny-Platz-Wedding Nr. 1003 auf, daß die linke Vorderseite des Verdecks und die Vorder-Glas-schutzwand vollständig demoliert wurden, wobei nach dem „V. Z.“ zwei Personen schwer verletzt wurden.

**Dammfall.** Vom zweiten Stock eines Neubaus in der Kochmannstraße stürzte gestern vormittag der in der Kammerstraße wohnhafte Bauarbeiter Joseph Schönwacht ab. Er trug schwere Verletzungen am Kopf und an der linken Schulter infolge des

Sturzes davon, so daß seine Ueberführung nach der Rettungswache in der Frankfurter-Allee notwendig wurde. Dort erhielt der Verunglückte den ersten Verband.

**Verhaftung einer „Rassene“.** Wegen verbrecherischer Handlungen, begangen an einer Arbeiterin der Munitionsfabrik in Spandau, ist die „Rassene“ R. aus der Mulackstraße in Berlin verhaftet worden. Fast zu gleicher Zeit sind bei der Behörde noch mehrere andre Strafanzeigen wegen ähnlicher Vergehen gegen die R. eingelaufen.

**Jahresliche Einbrüche** in Berliner Warenhäusern und Schuhwarengeschäften sind in den letzten Monaten verübt worden, ohne daß es der Kriminalpolizei bisher gelungen wäre, der Diebesbande auf die Spur zu kommen. Bisher ist auch nicht ein Stück der gestohlenen Waren hier zum Vorschein gekommen, so daß angenommen werden muß, daß die Einbrecher ihre Beute außerhalb Berlins unterbringen. Das hiesige Polizeipräsidium hat daher an die Polizeibehörden anderer Städte das Ersuchen gerichtet, Nachforschungen nach den Diebsteuern der gestohlenen Sachen anzustellen.

**Metalldiebstähle** sind in den letzten Nächten auf den Grundstücken Grimmstr. 77 und Voßringstr. 110 verübt worden. In der Grimmstraße erbrachen die Spitzbuben drei Türen der Lampen- und Bronzewaren-Fabrik von W. Dettle u. Co. und stahlen aus dem im Erdgeschoß des Anzugesgebäudes gelegenen Räumen 30 bis 40 Stücke Glocken, die C. C. C. B. 2 gezeichnet sind und zusammen fünf Centner wiegen. Der Bestohlene legt auf die Wiederherbeischaffung der Diebesbeute eine Belohnung von 100 M. aus. — In der Voßringstraße gelangten die Einbrecher in die Eisenhandlung von Braun, indem sie an der Eintrittsstelle einen Baum überstiegen, und stahlen aus dem Lagerschuppen, den sie erbrachen, eine große Menge Metallhähne, Messing und Kupfer. Im Comptoir bohrten sie einen Schreißloch an, holten allerhand Papiere heraus, fanden aber kein Geld. Den Geldschrank ließen sie unberührt. Die Diebe müssen wohl die Gepflogenheit des Geschäftsinhabers kennen; denn dieser bewahrt im Schreißloch in der Regel Geld, vorgefunden abend hatte er es zufällig herausgenommen.

**Aus den Nachbarorten.**

**Von höherer Schulen in Charlottenburg.** Der Bau von zwei höheren Lehranstalten im Osten von Charlottenburg, das heißt in Berlin W., wird jetzt vom Magistrat bei den Stadtverordneten beantragt. Erstens soll in der Worniserstr. 10 ein Gymnasium mit einem Kostenaufwand von 571 000 M. erbaut werden, dann soll für eine höhere Mädchenschule Rindbergstr. 63 ein Neubau errichtet werden. Die Kosten werden hierfür auf 445 000 M. geschätzt.

**Eine Entfestigungssteuer** einzuführen, wünschen die Bürgermeister der deutschen Festungstädte. Die Steuer soll diejenigen Grundbesitzer treffen, deren Grundstücke durch die Entfestigung von den Rayonbeschränkungen befreit werden und dadurch naturgemäß enorm an Wert gewinnen. Diese Grundbesitzer sollen bis zu Zweidrittel des durch die Entfestigung für ihr Grundstück ergebenden Mehrwerts zu den Kosten der Entfestigung herangezogen werden können. Der Entwurf eines entsprechenden Gesetzes stand in der letzten Stadtverordneten-Sitzung in Spandau zur Debatte. Der Ober-Bürgermeister, der sehr entschieden für ein solches Gesetz eintrat, suchte dieses den stark opponierenden interessierten Grundbesitzern dadurch schmachtender zu machen, daß er nur denjenigen Teil der Entfestigungskosten durch diese Steuer aufgebracht wissen will, der einzig als Entschädigung für die Beilegung oder Verlegung von Festungswerken an den Militärkreis zu zahlen sei. Unse Genossen Rieger und Dutsch bekämpften einen von liberaler Seite gestellten Antrag auf Verjagung für ein halbes Jahr, und sprachen sich entschieden für die Entfestigungssteuer aus. Genosse Rieger berief sich noch auf Ullm, das zwei Drittel seiner gesamten Entfestigungskosten durch Umlageverfahren gedeckt hat. Unse Reaktion fordert, daß auch die Kosten für das zu Strohen, Flächen usw. zu verwendende, benachteiligt freizuerwerbende Festungsgelände durch dieses Umlageverfahren gedeckt werde. Den Patriotismus jener Herren, die stets leicht geneigt sind, Gelder aus öffentlichen Mitteln für Denkmäler zu bewilligen, und die auch hier wieder der Allgemeinheit der Steuerzahler die ganze Last aufbürden möchten, um nur ihren Rieseugewinn ungeschmälert in ihre Taschen stecken zu können, glossierte er mit scharfen Worten. Die liberalen Stadtverordneten Jenne und Wagers sprachen sich im Princip für den Gesetzentwurf aus, machten an diesem jedoch formale Anstellungen. Die Debatte wurde schließlich für 4 Wochen vertagt.

**Von einem schweren Unglück** ist die Familie des Arbeiters Bloch in Neu-Weißensee, Leberstraße 95, betroffen worden. Die Frau bringt ihrem Mann jeden Mittag das Essen nach seiner unweit der Wohnung belegenen Arbeitsstelle. Bei den Vorbereitungen zu diesem Gange passierte der Frau das Wasser, die brennende Petroleumlampe auf dem Tisch stehen zu lassen. Das allein in der Wohnung zurückgelassene 3/4 Jahr alte Kind benutzte die Gelegenheit zu einem Versuche, die Lampe zu verlöschen, wobei die Flamme nach unten schlug, explodierte und das bebauerwerte Kind verbrannte. Durch das Wimmern desselben wurden Nachbarn aufgemerkt, denen es gelang, das Feuer, welches Gardinen und Betten ergriffen hatte, zu löschen. Das Kind ist bald darauf seinen Qualen erlegen.

**Neu-Weißensee.** Allerlei „Scherze“ nach Ansicht der bürgerlichen Mehrheit standen auf der Tagesordnung der letzten Gemeindevorstandersitzung. Es galt Beschluß zu fassen über Anstellung eines Schularztes, ferner war die Wahl einer Gesundheitskommission vorzunehmen und — Grund genug rübt zu werden — Stellung zu nehmen zu einem Antrage der Sozialdemokraten: Die Gemeindevorstellung von Neu-Weißensee verurteilt aufs entschiedenste das Vorgehen interessierter Kreise zur Herbeiführung höherer Fälle auf Lebensmittel und erlaubt die gesetzgebenden Körperlichkeiten, diesen die große Masse des Volks überaus schädlichen Plänen ihre Zustimmung zu verlagern. — Die Anstellung von Schulärzten ist gleichbedeutend mit ganz ungeradehergeleiteten Eingriffen in die elliatische Autorität und mit der Untergrabung derselben. Die angeblichen guten Erfahrungen mit dieser Einrichtung beweisen für uns gar nichts! — Wer hat solche „Scherze“ früher gemacht! Also könnte es im Chor wieder, als der G.-B. Gerstenberger (Soz.) die Anstellung von Schulärzten begehrt. Wenn erst der Zeitpunkt gekommen sein wird, wo es die Regierung fordert, anstatt wie jetzt es nur zu wünschen, dann wird's gemacht, also lautete der hochweise Beschluß. — Vorsichtig zu sein in der Wahl der Personen zur Gesundheitskommission, weil durch unvernünftige Leute, welche allzuviel sehen, der Kommission eine Menge unnötige Arbeit gemacht werden könnte, lautete die Belehrung, die dem auch im allgemeinen maßgebend war bei der Wahl der Kommission. Die früher hier bestehende Sanitäts-Kommission, von deren Tätigkeit man so gut wie nichts verpöchte, ist jetzt aufgelöst. An deren Stelle tritt nach einer neuerlichen Verordnung der Regierung die aus 9 Mitgliedern bestehende Gesundheits-Kommission. Auf Vorschlag unserer Genossen in der Vertretung wurde der weitere Kreis des bekannten Genossen Penkert in die Kommission gewählt. — Nicht nebenbei wurde der schon erwähnte Antrag unserer Genossen, betreffend Stellungnahme gegen die geplante Erhöhung der Lebensmittelzölle, behandelt. Mit Politik haben wir uns überhaupt nicht zu befassen, lautete die ohne Zweifel irgendwo gehörte Weisheit der bürgerlichen Mehrheit. Einzelne bürgerliche Vertreter unterließen hier das Vorgehen unserer Genossen, die Annahme eines gestellten Antrags auf Uebertragung der Tagesordnung zu verweigern. Schließlich mußte die Tagesordnung, daß der Reichstag jetzt in die Ferien gegangen ist, als Grund zur vor-



**Auffigen Ablehnung des Antrags herhalten.** Unsre Genossen gaben die Erklärung ab, daß dieser Antrag in allerhöchster Zeit die Vertretung wieder beschäftigen werde.

**Der Giftmörder vom Teufelssee** wurde seit Monaten im Untersuchungsgefängnis zu Moabit auf seinen Selbstzustand beobachtet. Das endgültige medizinische Gutachten lautet nunmehr dahin, daß Jänike schon bei Begehung der Mordthat geistesgestört gewesen ist. Das Verfahren gegen ihn mußte deshalb, nachdem das Reichsgericht das Todesurteil aufgehoben hat, eingestellt werden. Jänike wird nun dauernd in eine Irrenanstalt gebracht werden.

**Marktpreise von Berlin am 20. Mai 1901**

nach Ermittlungen des Hpt. Viehzuchtpräsidents.		D. Gr.		D. Gr.		D. Gr.	
Wesen, gut	17,50	17,56	Kartoffeln, neue, D. Gr.	7,-	5,-		
mittel	17,52	17,48	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20		
gering	17,44	17,40	da Bauh	1,30	1,-		
Wesgen, gut	14,60	—	Schweinefleisch	1,60	1,20		
mittel	—	—	Rindfleisch	1,80	1,-		
gering	—	—	Dammfleisch	1,60	1,-		
Wesst, gut	18,-	18,-	Wutter	2,60	2,-		
mittel	14,00	13,90	Eier 60 Stk	5,60	5,20		
gering	13,80	12,90	Rapsen	2,20	1,20		
Weser, gut	16,20	15,60	Kale	2,80	1,20		
mittel	15,20	14,90	Zander	2,60	1,20		
gering	14,80	14,20	Fische	2,40	1,20		
Wesfisch	—	—	Borsche	1,60	0,80		
Wes	—	—	Schote	2,80	1,20		
Wesfisch	—	—	Blei	1,20	0,60		
Wesfisch	—	—	Stroh	18,-	3,-		

**Produktenmarkt vom 21. Mai.** Der heutige Getreidemarkt bewährte Festigkeit, da wiederum einige nennenswerte Ordres aus der Provinz vorlagen. Außerdem stülmierte noch wie vor die Trockenheit, auf deren Fortdauer der höhere Barometerstand schließen läßt. Weizen 90g 1/2 M. an. Roggen notierte nur eine Kleinigkeit höher als gestern, da bedeutende russische Offerten am Markt waren und nennenswerte Preissteigerungen verhinderten. Weizen war gut behauptet, ebenso Hafer, während Mais weiter anziehen konnte. Weizen notierte wie gestern, Herbstweizen 20 Pf. niedriger.

Spizius 90g 10 Pf. an, 70er loco 44,20 Pf.

**Vermischtes.**

**Ueber die Entschädigung der Verletzten beim Eisenbahnungslück,** das sich zu Heidelberg am 7. Okt. v. J. ereignete, hat die großherzoglich badische Eisenbahnverwaltung in den letzten Wochen verschiedene Vergleiche getroffen. Bei Kölling aus Münster i. W., die damals beide Beine verlor und in den letzten Tagen aus dem akademischen Krankenhaus zu Heidelberg entlassen wurde, erhält eine jährliche Rente von 6000 Mark oder ein entsprechendes Kapital. Ferner erhielt ein Großhändler in Mannheim, der selbst mit seiner ganzen Familie schwer verletzt wurde, und dessen eine 20 Jahre alte Tochter noch leidend ist, während die um ein Jahr jüngere nur auf Krücken sich bewegen kann und dauernd flach bleibt, eine Abfindungssumme von 225 000 M. Zu einem nicht so befriedigenden oder zu gar keinem Ergebnis sind bisher die Verhandlungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und verschiedenen Heidelberger Verletzten gelangt. Nicht als ob die Forderungen der letzteren unbillig hoch wären, sie halten sich im Gegenteil meist in sehr mäßigen Grenzen; der endliche Abschluß scheint also, wie der „Tägl. Rundschau“ geschrieben wird, bei der Eisenbahnverwaltung zu liegen.

**Größter Feuer in Köln.** In der Nacht zu gestern brach auf einem der Stadt Köln gehörigen Terrain, auf welchem sich mächtige Holzlager sowie eine Lohgerberei, Ställe und Schuppen befanden, ein großer Feuer aus. Die Gebäude sowie das ansehnliche Holz boten dem

Feuer reichliche Nahrung. Die ganze Feuerwehre war mit der Dampfspritze an der Brandstelle erschienen. Der furchtbaren Hitze wegen benutzten die Feuerwehrmannschaften Abwechslung, hinter welchen sie sich, langsam auf den Knien rutschend, an das Feuer heranmachen. Unterdessen wurden auch die benachbarten Gebäude vom Feuer ergriffen, so daß die Einwohner flüchten mußten. Gestrige Rente wurden mittels Rettungsschiff ins Freie befördert. Erst gegen Morgen gelang es, das Feuer zu löschen. Der Schaden ist sehr bedeutend.

**Steuerinquisitoren.** Unser Ex-Finanzminister Riquel hätte mit seiner gigantischen Vorliebe für alle zur Bereicherung des Staatskassens dienenden Mittel außerordentlich für die nordamerikanischen Staaten Ohio und Iowa gepaßt. Die in diesen Staaten eingeführten Steuerinquisitoren wären sicherlich ganz nach seinem Geschmack. Iowa hat durch ein Gesetz von 1890, wie die „Zeitschrift für Socialwissenschaft“ schreibt, die Einrichtung von Steuerinquisitoren zwecks Kontrolle von dem der Steuer vorzuenthaltenen Vermögen verfügt. Die Steuer-Kontrollbehörden der Counties werden durch jenes Gesetz ermächtigt, mit irgend jemand zu dem Zweck „abzuschleichen“, daß er ihnen bei der Entdeckung von der Steuer vorzuenthaltenen Vermögen behilflich sei. Der Inquisitor, der offizielle Name für diese Beamten, erlegt eine Kaution im Werte von 3000 Dollars und darf nicht über 15 Proz. der Steuern, die durch seine Vermittlung eingehen, als Entgelt für seine Leistung erhalten. Derselbe Einrichtung existiert schon seit 1880 im Staate Ohio, wo vom „Steuerinquisitor“ eine Kaution von bloß 1000 Dollar gefordert und das Maximum seines Entgelts mit 20 Proz. der durch ihn vermittelten Steuereingänge vermindert wird.

**Der Ring des Polykrates in moderner Auflage.** In der „Tägl. Rundschau“ lesen wir: „Ein Fischer fing dieser Tage in der Elbe bei Hamburg unter anderen Fischen einen großen Wrasen, den er für sich behielt und nicht verkaufte. Als seine Frau das Tier ausnahm, entdeckte sie zufällig, daß der Wrasen einen harten, runden Gegenstand enthielt. Der Wrasen wurde geöffnet und heraus kam zwar kein Ring, wie zu Polykrates Zeiten, wohl aber ein blühblauer Hamburger Schilling vom Jahre 1868. Unzweifelhaft wird der Fisch den glänzenden Gegenstand irgendwo auf dem Grunde des Wassers gesehen und, durch den Glanz angelockt, verschluckt haben. Die Wrasenfische hat dann das Geldstück gründlich gereinigt und blank gemacht.“

Man mag darüber lächeln, daß der Hamburger Schilling, eine Münze, welche früher 7/8 Pf. galt, mit dem wohl nicht aus Lombard hergestellten Ring des Polykrates verglichen wird. Aber der Wert gerade dieses Geldstücks kann kaum hoch genug eingeschlagen werden, weil es das einzige seiner Art ist. Die letzten Hamburger Schillinge tragen nämlich die Jahreszahl 1868. Wenn nun der Senat der damals getroffenen Münzkonvention zum Trost im Jahre des Umsturzes 1868 aus offener Geldnot sich einen Schilling prägte, es dann aus politischen Gründen mit der Angst liegt und den Schilling geheimnisvoll in die Elbe versenkt, so muß der Sammelwert eines solchen Geldstücks selbst einem Wrasen einleuchten. Vandalenbill würde sicher eine Million dafür zahlen.

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 22. Mai 1901.**  
Reicht heiter und trocken bei ziemlich heißen nordöstlichen Winden, sehr hoher Nacht, aber steigender Tagestemperatur.  
Berliner Wetterbureau.

**Briefkasten der Redaktion.**

**N. R. 50.** In der Regel ist eine zweite Heirat ausgeschlossen; jedoch kann Dispens erteilt werden. Sie thun gut, sich auf der hiesigen serbischen Gesandtschaft zu erkundigen, da diese die dortigen Rechtsverhältnisse, Anträge, Behörden und Gebühren besser kennen wird. — **Wilhelm Stellmacher.** Weiden Sie Ihre Anträge auf Grund des Kriegsinvaliden-Gesetzes bei dem Polizeipräsidenten an und sprechen Sie dann eventuell mit dem Reichel und Ihren Ältern in einer der Sprechstunden vor.

**S. 34.** Ist die Stellung wegen Krankheit aufgehoben, also das Betriebsverhältnis wegen der Krankheit vor dem 1. Juli beendet, so ist nur für 6 Wochen, sonst bis zum 1. Juli zu zahlen. — **Oswald H. 1.** und 2. Sie können wegen betrügerischer Verschönerungen auf Rücktritt vom Vertrage und auf Schadenersatz klagen. 3. Sie und Ihr Mitkontrahent sind, gleichviel ob der Vertrag verloren gegangen ist, wegen Stempelhinterziehung mit einer Geldstrafe strafbar. — **H. H. 13.** Es müßte bei dem Amtsgericht des Wohnorts des Beklagten dargelegt werden, bei wem der Besitz der Gegenstände der Hölle oder des Bierfels des Gehalts wegen der rückständigen und laufenden Rente beantragt werden. — **W. H. C. 21.** In der Regel: Nein.

**Alexanderplatz.** Welche Meinungen sind richtig. Die weitere Bedeutung ist der eigentliche Sinn des Ausdrucks, in der engeren Bedeutung — jedoch ohne Beschränkung auf bestimmte Induzien oder bestimmte Betriebsgrößen — wird er in der deutschen Statistik und in der Gesetzgebung gebraucht.

**S. 108.** Das selbstgeschriebene Gesuch ist an die Oberpostdirektion des betreffenden Bezirks zu richten. Führungszugang wird gefordert.

**H. T. Moabit.** Sie fragen wohl am besten bei dem Blatt selbst an, warum es diese offenbar als Interat bezahlte Beilage gebracht hat.

Allen Freunden und Bekannten teile ich hierdurch mit, daß ich  
**Wollinerstr. 44**  
ein Weich- u. Sarsich-Bier-Pokal, Vereinszimmer mit Pianino zu 40 Personen, eröffnet habe.  
**Ferdinand Reimann,**  
Schauwirth.  
1505L\*

Am 20. Mai, morgens 5 Uhr, entfiel nach langem schweren Leiden mein lieber Sohn und unser guter Bruder, der Schriftsteller  
**Karl Kleszewski**  
im 32. Lebensjahre. (1451b)  
Dies zeigen tiefbetäubt an  
**Die trauernde Mutter und Geschwister.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten Luisen-Richthof (Bergmannstraße) aus statt.

Am Montag, den 20. Mai, verstarb nach langem Leiden unser Kollege, der Schriftsteller Herr  
**Karl Kleszewski**  
im Alter von 32 Jahren.  
Sein Andenken werden stets in Ehren halten  
**Die Kollegen d. „Berl. Tzgl.“**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Mai, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten Luisen-Richthof (Bergmannstraße) aus statt.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und vielen Blumen-spenden bei der Beerdigung meines lieben mir unergötlichen Mannes, unfrei guten Vaters, sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere seinen lieben Kollegen und Kolleginnen der Schriftzettelerei Verthold, dem Verein der in Schriftzettelerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgebung, dem Vorterrverein „Wortzettel“, dem Vorterrverein „Gingel“ meinen tiefgefühltesten Dank.  
1452b  
**Anna Förster geb. Gräubel,**  
Sohn und Tochter.

„Wurm“ ist mein Leibarzt, 10 Pf. nur kostet beim schmerzhaften Fall selbst die Kur.  
Verlangen Sie gef. ausdrückl. im **Wurms Nagendoktor!**

**Wer - Stoff - hat**  
fertige Anzüge 20 M.  
Goldene Medaille  
für Leistungen.

„einige Junat, 2 Unpr., tollerloser Stg. konnte mannehmen ins Haus, bitte Postkarte. Tuch und Buckskin, Nehe sportlich. Gelegenheitsstücke zu Herren-Anzügen, Balletstreife, Hosenstoffe, Weiser 3 M. an, reine Wolle.“  
**Ludwig Engel,**  
partore.  
Münsterstr. 26,  
gegründet 1892.

# BAER SOHN

10.

1891.

**Chausseestrasse 24a/25**  
Zwischen Invalidenstrasse u. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

**11 Brückenstrasse 11**  
Zwischen Jannowitzbrücke und Köpenickerstr. (Ecke Rungestr.)

**Gr. Frankfurterstr. 20**  
Ecke Koppenstrasse, am Bürger-Hospital.

**Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.**

Lieferanten an die preussische Armee. | Lieferanten an Garderobengeschäfte. | Lieferanten an Vereine.  
Lieferanten an ausländische Gesellschaften. | Lieferanten an Waaren-Häuser. | Lieferanten an Institute.

## Zum Pfingst-Feste

**Sommer - Anzüge** für Herren 39,- 36,- 30,- **9 Mk.**

**Crêpe - Anzüge** für Herren. Sehr reiche 27 Mk.

**Schwarze Anzüge** für Herren 50,- 40,- 38,- **10 Mk.**

**Gehrock - Anzüge** Schwarz und farbig 66,- 50,- 40,- 36,- **30 Mk.**

**Sommer - Paletots** für Herren 38,- 27,- 24,- **8,50 Mk.**

**Gummi - Paletots** für Herren. Sehr preiswert. 18 Mk.

**Elegante Hosen** für Herren 15,- 12,- 9,- **4 Mk.**

**Radfahrer - Anzüge** für Herren 27,- 21,- 15,- **6 Mk.**

**Radfahrer - Hosen** für Herren 8,- 6,- 4,50 **3 Mk.**

**Loden - Joppen** für Herren 6,75 5,- 4,50 **2,25 Mk.**

**Wetter - Havelocks** für Herren 21,- 18,- 15,- **6,75 Mk.**

**Piqué - Westen** für Herren 6,50 5,- 4,50 3,- **2,25 Mk.**

**Knaben - Anzüge** Entzückende Auswahl, 12,- 10,- 8,- 6,- 5,- 4,- 3,- **2 Mk.**

**Schul - Anzüge** 16,- 14,- 12,- 10,- 8,- 6,- 4,- 3,- **2 Mk.**

**Sonder-Angebote unsrer Häuser Chausseestr. 24a/25 u. Brückenstr. 11.**

Filzhüte 6,- 3,75 1,00 <b>1,00 Mk.</b>	Serviteurs 1,- 0,75- <b>55 Pf.</b>	Krawatten 1,50-1,- 0,75-0,50 <b>15 Pf.</b>
Cylinderhüte 12,- 10,- 7,- <b>4 Mk.</b>	Oberhemden 4,50-5,50 <b>2,75 Mk.</b>	Hosenträger 2,- 1,60 1,25-0,90 <b>75 Pf.</b>
Herren-Kragen ohne Unterschied das 1/2 Dtzd. <b>1,80 Mk.</b>	Manschetten das Paar 0,75-0,55 <b>45 Pf.</b>	Spazierstöcke grossart. Auswahl <b>95 Pf.</b>

**Herren-Strohhüte.** Moderne sehr chic Façons in den verschiedensten Geflechten **3,50-2,50-2,-, 1,- 75 Pf.**

**Größte Auswahl.**  
**Billigste Preise.**  
**Bar-Verkauf.**  
**Feste Preise.**

**Die 17. Jubiläums-Preisliste wird kostenlos und porto-frei zugesandt.**